

Ge 740

Dienstsanweisung
für die
Herzoglichen Physici.



Braunschweig.
Buchdruckerei Julius Krampe.
1907.

Pl 7/05

Univ. Bibl. Braunschweig

UB Braunschweig

84



2259-710-6

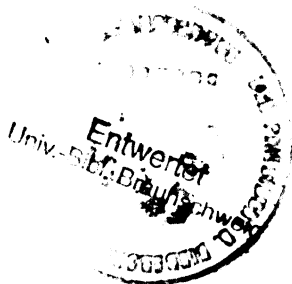
2259 - 7/06

De 7/06
S

Dienstanweisung

für die

Herzoglichen Physici.





Wir erlassen hiermit die nachfolgende

**Dienstanweisung
für die Herzoglichen Physici.**

Diese Dienstanweisung tritt am 15. Februar 1907
in Kraft.

Braunschweig, den 17. Dezember 1906.

**Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staatsministerium.
Hartweg.**

Inhaltsverzeichnis.

A.

Ämtliche Stellung und persönliche Angelegenheiten des Physik.

	Seite
I. Dienstliche Stellung im allgemeinen §§ 1 – 5 . . .	11 – 12
II. Vorgesetzte Dienstbehörde. Disziplinarverhältnisse. Beaufsichtigung der Geschäftsführung §§ 6 – 7	12 – 13
III. Verhältnis zu anderen Behörden, zu Privatpersonen und den nicht beamteten Ärzten §§ 8 12	13 – 15
IV. Dienstlohn, Pensionen, usw. Verhältnisse. Beurlaubung und Stellvertretung. Sonstige persönliche Angelegenheiten §§ 13 – 20	15 – 18

B.

Geschäftsführung.

V. Ämtlicher Schriftverkehr §§ 21 – 24	21 – 23
VI. Registratur, Buch- und Listenführung §§ 25 28	23 – 25
VII. Amtskostenentschädigung. Berechnung der Tagegelder und Reisekosten. Gebühren §§ 29 32	25 – 27
VIII. Jahresbericht § 33	28

C.

Die dienstliche Tätigkeit des Physik.

Teil 1. Öffentliches Gesundheitswesen.

IX. Wahrnehmung der öffentlichen Gesundheitspflege im allgemeinen §§ 34 – 38	31 – 33
X. Wohnungshygiene, Wasserversorgung §§ 39 41	33 – 35
XI. Schul- und Gewerbehygiene §§ 42 – 44	36 – 38
XII. Gesundheitskommissionen § 45	38 – 39

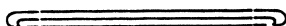
	Seite
XIII. Bekämpfung der gemeingefährlichen und der anderen übertragbaren Krankheiten §§ 46	52 39 – 45
XIV. Schutzpockenimpfung §§ 53 – 62	46 – 50

Teil 2. Medizinalpolizeiliche Angelegenheiten.

XV. Allgemeine Überwachung des Medizinal= personals §§ 63 – 65	50 – 52
XVI. Hebammenwesen §§ 66 – 72	52 – 55
XVII. Heilgehülfen §§ 73 – 76	55 – 56
XVIII. Desinfektoren § 77	57
XIX. Apothekenwesen §§ 78 – 85	58 – 63
XX. Überwachung des Gift- und Drogenhandels sowie des Arzneimittelverkehrs außerhalb der Apotheken §§ 86 – 88	64 – 66
XXI. Die Privat-Kranken- u. sw. Anstalten §§ 89 – 94	66 – 68

Teil 3. Besondere Dienstobliegenheiten.

XXII. Gerichtsärztliche Geschäfte §§ 95 – 98 . . .	68 – 69
XXIII. Ausstellung von amtsärztlichen Zeugnissen gegenüber Behörden und Privaten §§ 99 101	69 – 72
XXIV. Erledigung von Ersuchen der Landesver= sicherungsanstalten, der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und der Berufsgenossen= schaften §§ 102 – 103	72
XXV. Fürsorge für Geisteskranke und für nicht vollständige, schwache oder blödsinnige Kinder §§ 104 – 108	73 – 74
XXVI. Behandlung armer Kranker und Gefangener § 109	74 – 75
XXVII. Förderung volksgeundheitlicher Bestrebungen § 110	75
XXVIII. Begräbniswesen §§ 111 – 112	75 – 76
XXIX. Militärmusterung und Aushebung § 113 . .	76 – 77
XXX. Wahlen zur Kammer der Ärzte und Apotheker § 114	77
XXXI. Feststellung von Rechnungen § 115	77 – 78



Abschnitt A.

Amtliche Stellung und persönliche Angelegenheiten des Physikus.



I. Dienstliche Stellung im allgemeinen.

§ 1.

Der Physikus ist der staatliche Gesundheitsbeamte seines Bezirks und als solcher der technische Berater der Landespolizeibehörde, d. i. der Herzoglichen Kreisdirektion, in der Stadt Braunschweig der Herzoglichen Polizeidirektion. Der Physikus ist ferner der Gerichtsarzt seines Bezirks.

§ 2.

Die Anstellung als Physikus setzt die Erfüllung der in § 10 des Medizinalgesetzes vorgeschriebenen Erfordernisse voraus. Sie erfolgt mittels landesfürstlichen Patents für einen bestimmten von der Herzoglichen Landesregierung festzustellenden Physikatsbezirk.

§ 3.

Der Physikus hat seinen Wohnsitz in dem ihm von dem Herzoglichen Staatsministerium angewiesenen Orte des Physikatsbezirks zu nehmen.

§ 4.

Der Physikus führt im Bereiche seiner amtlichen Tätigkeit ein Dienstiegel und einen Dienststempel, sowie Siegelmarken. Dieselben enthalten in der Mitte das braunschweigische Pferd mit der Krone und am Rande die Umschrift:

„Herzogl. Braunschw. Physikat . . . NN . . .“

In nichtamtlichen Schriftstücken ist ihre Verwendung, die Bezeichnung „Herzogl. Braunschw. Physikat“ oder eine andere auf einen Amtscharakter hindeutende Angabe, wie z. B. „der Herzogliche Physikus“ unzulässig.

§ 5.

Der Physikus hat vor dem Dienstantritte den für die Staatsbeamten festgesetzten Diensteid vor der vorgesezten Dienstbehörde abzuleisten.

Beim Dienstantritte hat er in Gegenwart eines Beauftragten der vorgesezten Dienstbehörde (§ 6) das Inventar, die Akten und die laufenden Geschäftssachen seines Physikats zu übernehmen und dabei die Vollständigkeit des Inventars und der Registratur zu prüfen.

Über diese Übernahme ist eine, wenn angängig, auch von dem bisherigen Stelleninhaber oder seinem Vertreter zu unterzeichnende Verhandlung aufzunehmen, welche zu den Akten der vorgesezten Dienstbehörde (§ 6) genommen wird. Abschrift der Verhandlung ist den Physikatsakten einzuverleiben.

II. Vorgesezte Dienstbehörde. Disziplinarverhältnisse.

Beaufsichtigung der Geschäftsführung.

§ 6.

Der Physikus ist dem Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium unmittelbar unterstellt, erhält von diesem seine dienstlichen Aufträge und Weisungen und untersteht dessen Disziplinalgewalt nach Maßgabe der Vorschriften des Zivilstaatsdienstgesetzes.

In Beziehung auf Verfehlungen in seiner Privatpraxis unterliegt er nach näherer Vorschrift des § 65 Ziffer 4 des Medizinalgesetzes auch der Disziplinalgewalt der Kammer der Ärzte und Apotheker.

§ 7.

Die Amts- und Geschäftsführung des Physikus wird vom Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium dauernd beauf-

sichtigt. Dieses ist befugt, durch seine Mitglieder Revisionen ausführen zu lassen.

Über das Ergebnis wird eine Verhandlung aufgenommen.

III. Verhältnis zu anderen Behörden, zu Privatpersonen und den nicht beamteten Ärzten.

§ 8.

Als technischer Berater der Landespolizeibehörde hat er jedem Ersuchen derselben in Angelegenheiten des öffentlichen Gesundheitswesens nachzukommen. Für die Landespolizeibehörde ist der Physikus dasjenige Organ, dessen sachverständiger Rat ihr bei der Überwachung des Gesundheitswesens ihres Bezirks zu Gebote steht und das sie daher vor allen wesentlichen Anordnungen und sonstigen Maßnahmen auf diesem Gebiete gutachtlich hören wird. Ist die Anhörung im Einzelfalle wegen Dringlichkeit unterblieben, so wird die Landespolizeibehörde alsbald dem Physikus von der getroffenen Anordnung usw. Kenntnis geben. Sie wird ferner den Physikus regelmäßig auch zu den von ihr in Fragen des Gesundheitswesens an das Herzogliche Staatsministerium zu erstattenden Berichten hören und geeignetenfalls seine Äußerung ihrem Berichte beifügen.

§ 9.

Den Ortspolizeibehörden soll der Physikus in allen Angelegenheiten, die die Durchführung der Gesundheitsgesetzgebung und die Handhabung der örtlichen Medizinalpolizei betreffen, mit seinem sachverständigen Räte zur Seite stehen.

Den Stadtpolizeibehörden ist es unbenommen, ihre bezüglichen Ersuchen unmittelbar an den Physikus zu richten; die übrigen Ortspolizeibehörden werden sich dazu regelmäßig der Vermittelung der Landespolizeibehörde bedienen. In dringenden Fällen, insbesondere bei der Verhütung und

Bekämpfung gemeingefährlicher oder anderer übertragbarer Krankheiten hat der Physikus stets dem unmittelbaren Ersuchen der Ortspolizeibehörden Folge zu geben.

Andererseits darf der Physikus erwarten, daß die Ortspolizeibehörden ihn über ihre Entschlüsse bezüglich der von ihm gemachten Vorschläge und Anregungen verständigen, daß sie seine Vorschläge zur Abstellung von gesundheitlichen Mißständen befolgen, sofern nicht begründete Bedenken entgegenstehen, und daß sie ihn über alle wichtigen, das Gesundheitswesen ihres Bezirks betreffenden Vorkommnisse in Kenntnis setzen und erhalten. Auf die Art dieses Geschäftsverkehrs findet das im vorstehenden Absatze Gesagte Anwendung.

§ 10.

Allen Ersuchen der sämtlichen gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Behörden hat der Physikus nachzukommen.

Auch den Ersuchen der übrigen Staats- sowie der Reichsbehörden hat er, soweit sein Wirkungsbereich dadurch betroffen wird, pflichtmäßig zu entsprechen.

Das Verhältnis des Physikus zu den Gesundheitskommissionen ergibt sich aus § 7 des Medizinalgesetzes; vergl. auch Abschnitt XII dieser Anweisung.

§ 11.

Der Physikus hat Anträgen und Ersuchen von Privatpersonen um Vornahme von amtsärztlichen Untersuchungen und Begutachtungen dann stattzugeben, wenn diese zu seinen Dienstobliegenheiten gehören, z. B. die Ausstellung von Gesundheitszeugnissen (vergl. § 101 dieser Anweisung).

Als staatlicher Gesundheitsbeamter des Bezirks soll er jedoch auch Wünsche und Beschwerden von Privatpersonen in Angelegenheiten des öffentlichen Gesundheitswesens entgegennehmen und, wenn er sich von deren Berechtigung überzeugt, Erfüllung und Abhülfe innerhalb seiner Zuständigkeit

herbeizuführen suchen. Andernfalls hat er die Gesuchsteller entsprechend zu belehren oder an die zuständigen Behörden (Landes-, Ortspolizeibehörde usw.) zu verweisen.

§ 12.

Der Physikus soll es sich angelegen sein lassen, mit den nicht beamteten Ärzten seines Bezirks wissenschaftliche und persönliche Beziehungen zu unterhalten. Dies wird es ihm erleichtern, die gesundheitlichen Verhältnisse seines Bezirks genau kennen zu lernen, und ihn bei der Durchführung seiner Bestrebungen für die Besserung des Gesundheitswesens wesentlich unterstützen.

Bei der Vornahme von Untersuchungen, welche zu den Ermittlungen über den Ausbruch gemeingefährlicher oder anderer übertragbarer Krankheiten erforderlich sind, hat er tunlichst den behandelnden Arzt zuzuziehen (vergl. § 47).

IV. Diensteinkommens-, Pensions- usw. Verhältnisse. Beurlaubung und Stellvertretung. Sonstige persönliche Angelegenheiten.

§ 13.

Mit jeder Physikatsstelle ist der Bezug eines Dienst-einkommens verbunden. Dasselbe besteht aus dem monatlich im voraus zahlbaren Gehalt und dem gesetzlichen Wohnungsgeldzuschuß, welcher letzterer am ersten Tage des letzten Monats des betreffenden Vierteljahres gezahlt wird.

Außerdem bezieht der Physikus eine nicht pensionsfähige Amtsunkostenentschädigung (vergl. § 29).

Bei dienstlicher Beschäftigung außerhalb seines Wohnortes erhält der Physikus Tagegelder und Reisekosten nach Maßgabe der bestehenden gesetzlichen usw. Vorschriften (vergl. §§ 30 ff.).

Dem Physikus steht ein Anspruch auf eine besondere Vergütung für Dienstgeschäfte nur nach Maßgabe der Bekanntmachung Herzoglichen Staatsministeriums vom 17. Dezember 1906 Nr. 91, die Gebührenordnung für gerichtsarztliche und amtsärztliche Geschäfte der Herzoglichen Physici betreffend, und den Bestimmungen dieser Anweisung zu.

§ 14.

Die Ansprüche des Physikus in bezug auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung ergeben sich aus dem Zivilstaatsdienstgesetze und den gesetzlichen Bestimmungen über die Verhältnisse der Beamten-Witwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt.

§ 15.

Die Ausübung der ärztlichen Praxis ist dem Physikus gestattet, insoweit nicht bei der Übertragung des Physikats ein anderes bestimmt worden ist. Seine amtliche Tätigkeit darf nicht unter der ärztlichen Praxis leiden. Besitzer oder Leiter einer Privat-Kranken-, Entbindungs-, Irren- oder dergl. Anstalt zu sein, ist dem Physikus untersagt.

§ 16.

Auf die Übernahme sonstiger mit einem Erwerbe verbundener Nebenämter oder Nebenbeschäftigungen und dergl. durch den Physikus finden die Bestimmungen des § 22 des Zivilstaatsdienstgesetzes Anwendung.

Zur Übernahme eines Ehrenamtes in einer Gemeindeverwaltung sowie zur Übernahme einer Vormundschaft, zu welcher er nicht nach § 1776 B. G. B. berufen ist, bedarf der Physikus der Erlaubnis des Herzoglichen Landes-Medizinalkollegiums.

§ 17.

Der Physikus muß sich die Versetzung in ein anderes Physikat mit nicht geringerem Gehalts- usw. Bezüge gegen

Vergütung der vorschriftsmäßigen Umzugskosten gefallen lassen, wenn das staatliche Interesse solches erfordert.

Bei einer Versetzung lediglich auf Antrag findet eine Vergütung für Umzugskosten nicht statt.

Der Physikus muß es sich ferner gefallen lassen, daß er auf Anordnung des Herzoglichen Landes-Medizinalkollegiums zur zeitweiligen Vertretung eines anderen Physikus oder zur ausfühlsweisen Verwaltung eines erledigten Physikats herangezogen wird; wegen der Entschädigungen in diesen Fällen siehe §§ 19 und 20.

§ 18.

Urlaub erhält der Physikus für die Dauer bis zu vierzehn Tagen durch den Vorsitzenden des Herzoglichen Landes-Medizinalkollegiums. Beurlaubungen von längerer Dauer sind durch Vermittelung des Landes-Medizinalkollegiums beim Herzoglichen Staatsministerium nachzusuchen. In den Urlaubsgesuchen ist der Zweck und die Dauer des Urlaubs sowie tunlichst auch der Aufenthaltsort während desselben zu bezeichnen.

Der Beurlaubung bedarf der Physikus auch in Krankheitsfällen, sofern er an der Verrichtung seiner dienstlichen Obliegenheiten behindert ist.

Erfordert die Erledigung von Dienstgeschäften oder die Ausübung der ärztlichen Privatpraxis die zeitweise Abwesenheit des Physikus von seinem Wohnorte, so bedarf er hierzu keines Urlaubs, er ist jedoch gehalten, in solchen Fällen Nachricht über seinen Aufenthalt zurückzulassen, damit er in dringenden Fällen erreicht werden kann.

Auf die Urlaubsverhältnisse des Physikus finden im übrigen die Vorschriften der §§ 24—26 des Zivilstaatsdienstgesetzes Anwendung.

§ 19.

Für den beurlaubten Physikus wird vom Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium ein Stellvertreter bestellt, der

möglichst gleich von dem zu vertretenden Physikus in seinem Urlaubsgesuche vorzuschlagen ist. Mit der Stellvertretung ist in erster Linie ein benachbarter Physikus oder, wenn dies nicht angängig, ein physikatsärztlich geprüfter Arzt zu betrauen.

Dem Physikus erwachsen durch seine dienstliche Vertretung Kosten nicht.

Der Stellvertreter erhält für die Dauer der Stellvertretung bei Dienstreisen Tagegelde und Reisekosten sowie die Gebühren, auf welche der Vertretene Anspruch gehabt haben würde. Außerdem bezieht der Vertreter, der nicht zugleich Physikus ist, eine aus der Bureaukasse des Herzoglichen Landes-Medizinalkollegiums zahlbare angemessene Entschädigung, die auf Antrag der genannten Behörde vom Herzoglichen Staatsministerium festzusetzen ist.

Das Herzogliche Staatsministerium entscheidet auch darüber, ob und inwieweit dem zum Stellvertreter bestellten Physikus eine solche Entschädigung zuzubilligen ist. Für Vertretungen, die den Zeitraum von zwei Monaten nicht überdauern, wird eine Entschädigung in der Regel nicht gewährt.

§ 20.

Nach den im vorstehenden Paragraphen aufgestellten Grundsätzen wird auch verfahren, wenn ein Physikus zur aushülfsweisen Verwaltung eines erledigten Physikats herangezogen wird.

Abchnitt B.

Geschäftsführung.



V. Amtlicher Schriftverkehr.

§ 21.

Die Schreibweise des Physikus im amtlichen Schriftverkehr soll knapp und klar sein, der Stellung des Physikus zu den Behörden und zum Publikum auch in der Form entsprechen und sich der allgemein üblichen Sprache des Verkehrs anschließen. Entbehrliche Fremdwörter, veraltete und überflüssige Ranzleiausdrücke sind zu vermeiden. Der Gebrauch von Höflichkeitswendungen ist in möglichst engen Grenzen zu halten; die Wendungen können auf Ausdrücke wie „gehorsamst“, „ergebenst“ oder „geneigtest“, „gefälligt“ beschränkt oder, sofern nur die Höflichkeit der Ausdrucksweise sonst gewahrt wird, ganz weggelassen werden.

Alle Berichte und Schreiben tragen auf der ersten Seite des Schriftstückes oben rechts die Orts- und Zeitangabe, oben links die Amtsbezeichnung (Herzogliches Physikats Nr.) und die Geschäftsnummer; es folgt links bei Berichten der Hinweis auf die veranlassende Verfügung bzw. der Vermerk, daß ohne solche berichtet werde, desgleichen bei Schreiben an gleichgestellte Behörden der Hinweis auf das veranlassende Schreiben (also: auf die Verfügung vom Nr. . . . , auf das Schreiben vom Nr. . . .), sodann eine kurze Inhaltsangabe (betr.) und schließlich, wenn Anlagen beizufügen sind, die Angabe ihrer Zahl und ihre Bezeichnung.

Die Adresse ist oben an den Kopf des Berichtes oder Schreibens zu setzen.

In allen Schriftstücken ist ohne Eingangsformel sogleich mit der Sachdarstellung zu beginnen.

Die Unterschrift, vor der die Wiederholung der auf der ersten Seite bereits angegebenen Amtsbezeichnung zu unterbleiben hat, soll leserlich sein. Neben die Unterschrift ist bei allen Gutachten, Befundschein, Zeugnissen, die der Physikus auszustellen hat, und wo es sonst nötig erscheint, das Dienstsiegel bezw. der Dienststempel zu setzen.

§ 22.

Soweit angängig, namentlich bei Schriftstücken, die an andere Behörden zurückzugeben sind, oder wenn sonst die abzusendenden Schriftstücke ihrem Inhalte nach für die Physikatsakten entbehrlich sind, kann der Physikus für Schreiben und kurze Berichte die urschriftliche Form wählen, wobei je nach Lage des Falles die betreffende Niederschrift auf das veranlassende Schreiben selbst oder auf einen darum zu legenden Bogen gesetzt wird; indes hat der Physikus in diesen Fällen über seine Äußerung usw. einen entsprechenden Vermerk in seinen Akten zurückzubehalten. Bei Anwendung der urschriftlichen Form fallen die sonst nach § 21 vorgeschriebenen Formalien, soweit dies in der Natur der Sache liegt, weg.

Bei Einreichung von Verzeichnissen, Übersichten, Nachweisungen und dergl. genügt, sofern nicht durch den Inhalt derselben ein besonderer Begleitbericht benötigt wird, ein Bericht auf der ersten Seite des betreffenden Schriftstückes, der in kürzester Form die Tatsache der Vorlegung unter inhaltlicher Bezeichnung des Schriftstückes angibt. (z. B.:

„K. H. die Übersicht über für die Zeit vom . . . bis . . . dem Herzogl. gehoramsft — ergebenst — überreicht.“)

Die für die Berichterstattung gesetzten Fristen sind pünktlich innezuhalten; ist dies besonderer Umstände halber nicht möglich, so ist rechtzeitig die Bewilligung einer Nachfrist nachzusuchen.

§ 23.

Im Schriftverkehr, soweit dieser nicht urschriftlich ist, hat der Physikus weißes Papier in Kanzleiformat zu verwenden.

Die abzusendenden Schriftstücke sind im allgemeinen nur einmal zu knicken.

Alle amtlichen Sendungen sind durch Verschluß mittels Siegelmarke oder des Dienstsiegels bezw. Dienststempels als solche zu kennzeichnen.

§ 24.

Für die Postbeförderung sind die Sendungen, soweit sie unter das Porto-Aversum (zu vergl. die Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 24. August 1906, Nr. 57 der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung) fallen, auf der Vorderseite in der linken unteren Ecke mit dem vorgeschriebenen Ablösungstempel zu versehen.

Postsendungen in Reichsangelegenheiten, welche als solche in der Aufschrift kenntlich gemacht sind („Militaria“, „Reichsdienstsache“), werden ohne den Ablösungstempel frei befördert.

Alle anderen amtlichen Postsendungen des Physikus sind mit der Bezeichnung „Portopflichtige Dienstsache“ unfrankiert abzulassen.

Gesuche und sonstige Eingaben privater Natur sind zu frankieren.

VI. Registratur-, Buch- und Listenführung.

§ 25.

Alle an den Physikus gelangenden dienstlichen Schriftstücke, die nicht an die absendende Stelle zurückzugehen haben oder weiterzugeben sind, sowie die Urschriften seiner Berichte und Schreiben sind in der Physikatsregistratur sachlich und übersichtlich in Akten zu ordnen und sorgfältig aufzubewahren.

Die Einteilung der Akten erfolgt nach näherer Anweisung des Herzoglichen Landes-Medizinalkollegiums.

Die Akten der einzelnen Abteilungen müssen in General- und Spezialakten gesondert sein. In erstere sind die sämtlichen einschlägigen Erlasse, Verordnungen und Verfügungen von allgemeiner Bedeutung aufzunehmen.

§ 26.

Zum Bestande der Physikatregistratur gehören ferner die Personalrollen, die der Physikus über die einzelnen Klassen des Medizinalpersonals seines Bezirks und zwar die

Ärzte,

Zahnärzte,

Apotheker und das Apothekenpersonal,

Hebammen,

Heilgehülfen und Desinfektoren

zu führen hat, sowie die Listen über die

Tierärzte,

Kurpfuscher und

Kranken- und dergl. Anstalten des Bezirks;

zu vergl. §§ 64, 65 und 93 dieser Anweisung.

§ 27.

Der Physikus hat ein Tagebuch nach dem vorgeschriebenen Formular zu führen, in welches alle eingehenden und alle abgehenden Schriftstücke mit kurzer Inhaltsangabe unter jahrgangsweise fortlaufenden Nummern einzutragen sind.

Auf jeder eingehenden Sache selbst ist übereinstimmend damit der Tag des Eingangs und die Nummer des Tagebuchs zu vermerken.

Die Formulare für das Tagebuch werden vom Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium geliefert.

Das abgeschlossene Tagebuch ist dreißig Jahre lang aufzubewahren.

§ 28.

An sonstigen Verzeichnissen hat der Physikus zu führen:

1. ein Verzeichnis der ihm zum dienstlichen Gebrauche überwiesenen Bücher und Drucksachen (Gesetze, Verordnungen und dergl.);
2. ein Aktenverzeichnis;
3. ein Verzeichnis der — gedruckten und ungedruckten — Generalverfügungen;
4. einen Terminskalender für die regelmäßig zu erstattenden Berichte und die in bestimmten Fristen zu erledigenden Sachen.

Die Verzeichnisse sind gehörig auf dem Laufenden zu erhalten.

**VII. Amtsunkostenentschädigung. Berechnung der
Tagegelder und Reisekosten. Gebühren.**

§ 29.

Zur Bestreitung der Kosten sämtlicher Bureaubedürfnisse einschließlich zu verausgabender Schreibgebühren bezieht der Physikus die Amtsunkostenentschädigung (vergl. § 13), die für jedes Physikat nach dem Umfange der dem Physikus obliegenden Geschäfte vom Herzoglichen Staatsministerium festgesetzt und nach dessen näherer Bestimmung ausgezahlt wird.

§ 30.

Für alle Dienstreisen stehen dem Physikus nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für den einzelnen Tag Tagegelder von 6 Mark, außerdem für jede außerhalb des Wohnortes bei der Reise zugebrachte Nacht eine Nachtzulage von 6 Mark zu.

Wird die Reise erst nach 12 Uhr nachts beendet, so sind außer der Nachtzulage Tagegelder für den folgenden Tag zu berechnen.

§. 31.

Die Beförderungskosten bei Dienstreisen werden nach folgenden Grundsätzen ersetzt.

Bei Benutzung der Eisenbahn hat der Physikus die Fahrpreise der zweiten Wagenklasse zu liquidieren. Außerdem werden etwaige Ausgaben für Transport nach und von den Bahnhöfen, sowie für Effektenbeförderung vergütet. Bei Reisen, welche sich nicht auf Eisenbahnen beschaffen lassen, werden die in angemessenem Betrage aufgewandten Transportkosten, deren Verausgabung tunlichst zu bescheinigen ist, erstattet.

Bei gerichtlichen oder staatsanwaltschaftlichen Terminen, insbesondere den Leichenschauterminen, hat der Physikus abzuwarten, daß ihm das Fuhrwerk des die Leichenschau usw. wahrnehmenden Richters oder Staatsanwalts rechtzeitig zur Mitbenutzung angeboten wird. Schlägt er dieses Anerbieten ohne zureichenden Grund aus, so verliert er dadurch den Anspruch auf Ersatz der Beförderungskosten. Das Gleiche gilt, wenn der Physikus zu landespolizeilichen Terminen die ihm rechtzeitig angebotene Mitbenutzung des Fuhrwerks der Landespolizeibehörde ohne zureichenden Grund ausschlägt.

Für zu Fuß oder mittels eigenen Fahrrades ausgeführte Dienstreisen werden Entschädigungen nach Maßgabe der Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 4. Januar 1901, Nr. 10 der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung, und der dazu erlassenen Ausführungsvorschriften gewährt.

In allen Fällen ist für die Berechnung der Reisekosten wie der Tagegelder (§ 30) nicht der Sitz der Landespolizeibehörde oder der Justizbehörde, sondern der jeweilige Wohnsitz des Physikus maßgebend.

§ 32.

Die Tagegelder und sonstigen Kosten der im landespolizeilichen Interesse ausgeführten Dienstreisen hat der

Physikus vierteljährlich bei der Landespolizeibehörde unter Benutzung des vorgeschriebenen Formulars zu liquidieren. Es gehören dahin allgemein die Kosten aller Dienstreisen des Physikus zu Zwecken, welche den Wirkungskreis der Landespolizeibehörde als solcher berühren, mag im Einzelfalle der Physikus von der Landespolizeibehörde zu der Dienstreise ausdrücklich veranlaßt sein oder nicht; im besonderen sind hier zu nennen die Dienstreisen zum Zwecke der Feststellung und Bekämpfung der gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten — § 51 dieser Anweisung —, ferner zwecks Besichtigung von Schulen — § 42 —, von Wasserversorgungsanlagen — § 41 —, der Gift- und Drogenhandlungen — § 87 —, zur Teilnahme an Sitzungen der Gesundheitskommissionen — § 45 — und andere.

Die Kosten der Dienstreisen, welche der Physikus anläßlich Wahrnehmung der öffentlichen Impfungen — § 61 —, der Apothekenbesichtigungen (einschließlich der Revision der tierärztlichen Hausapotheken) — §§ 79, 80 und 85 —, der Besichtigung von Kranken- und dergl. Anstalten — § 88 —, oder zu etwaigen Zwecken der Kontrolle über das Medizinalpersonal auszuführen hat, sind bei dem Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium zu liquidieren. Das Gleiche gilt, wenn sonst der Physikus in Angelegenheiten, die in den Geschäftsbereich dieser Behörde entfallen, auf deren ausdrückliche Veranlassung oder auch ohne solche, außerhalb seines Wohnortes tätig zu werden hat.

Die Kosten aller übrigen Dienstreisen sind jedesmal bei der Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft usw.), auf deren Veranlassung oder in deren Interesse die Reise unternommen ist, zu liquidieren.

VIII. Jahresbericht.

§ 33.

Alljährlich hat der Physikus nach Anleitung des vorgeschriebenen Formulars einen das abgelaufene Kalenderjahr umfassenden Jahresbericht über die gesamten gesundheitlichen Verhältnisse seines Bezirks und seine amtliche Tätigkeit zu erstatten und bis spätestens zum 1. April dem Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium einzureichen.

Abschnitt C.

Die dienstliche Tätigkeit des Physikus.

(Medizinalgesetz §§ 12 ff.)



Teil 1. Öffentliches Gesundheitswesen.

IX. Wahrnehmung der öffentlichen Gesundheitspflege im allgemeinen.

§ 34.

Als staatlicher Gesundheitsbeamter seines Bezirks und der auf medizinalpolizeilichem Gebiete den Landes- und Ortspolizeibehörden beigegebene Berater (vergl. §§ 8 und 9 dieser Anweisung) hat der Physikus vor allem die Aufgabe, mit dem öffentlichen Gesundheitszustande und den einschlägigen allgemeinen Verhältnissen seines Bezirks, namentlich soweit sie die Grund- und Trinkwasser-, Wohnungs-, Schul-, Erwerbs- und sonstigen Verhältnisse der Bevölkerung betreffen, sich nach Möglichkeit bekannt zu machen und dauernd vertraut zu erhalten.

Zu diesem Zwecke hat er insbesondere die Gelegenheit sonstiger Anwesenheit in den Orten seines Bezirks, z. B. anlässlich der öffentlichen Impfungen, dazu zu benutzen, um durch Besichtigungen und Erkundigungen die gesundheitlichen Verhältnisse der einzelnen Ortschaften kennen zu lernen.

§ 35.

Der Physikus ist gesetzlich befugt, in die Häuser und Grundstücke, deren Besichtigung und Untersuchung im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege geboten erscheint, einzutreten.

Das Recht, selbständig gesundheitliche Maßnahmen mit obrigkeitlicher Gewalt anzuordnen, steht dem Physikus nicht zu, vielmehr hat er sich mit seinen Anträgen und Ersuchen an die zuständigen Behörden zu wenden. Bei Gefahr im Verzuge und wenn Verfügung der zuständigen Orts- oder Landespolizeibehörde nicht schnell genug zu erwirken ist, ist jedoch der Physikus berechtigt und verpflichtet, die durch die Sachlage gebotenen medizinalpolizeilichen Anordnungen vorläufig selbständig zu treffen; er hat aber davon, daß und wie dies geschehen, der zuständigen Polizeibehörde ohne Verzug schriftliche Mitteilung zu machen. Die vorläufigen Anordnungen des Physikus bleiben in dem Falle so lange in Kraft, bis von der zuständigen Behörde anderweitige Verfügung getroffen wird (§ 15 des Medizinalgesetzes). Dies ist namentlich für die Mitwirkung des Physikus bei der Bekämpfung der gemeingefährlichen oder sonstigen übertragbaren Krankheiten von Bedeutung (vergl. § 48).

§ 36.

Vorschläge zur Abstellung wahrgenommener gesundheitlicher Mißstände und Anregungen zu Verbesserungen auf diesem Gebiete sind von dem Physikus in der nötigen Weise sachlich zu begründen. Sie müssen den gegebenen Verhältnissen, insbesondere auch der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinde oder sonstigen zahlungspflichtigen Stelle Rechnung tragen und sollen nicht über das Maß des tatsächlichen Bedürfnisses hinausgehen.

Finden die Anträge des Physikus nicht die erforderliche Beachtung, so ist darüber von ihm an das Landes-Medizinalkollegium zu berichten.

§ 37.

Gesetzeswidrige Zustände und Verstöße gegen die medizinalpolizeilichen Vorschriften hat der Physikus zur Kenntnis

der zuständigen Behörden zu bringen. In leichteren Fällen wird er durch eigene Vorstellung Abhülfe zu schaffen suchen.

§ 38.

Über die gesundheitlichen Verhältnisse in jeder Gemeinde seines Bezirks hat der Physikus eine Übersicht nach dem vorgeschriebenen Formular zu führen und diese durch etwaige Nachträge auf dem Laufenden zu erhalten.

Die Übersicht hat für den zu erstattenden Jahresbericht (§ 33) als Grundlage zu dienen. Die Übersichten sind in bestimmten vom Landes-Medizinalkollegium festzusetzenden Zeitabschnitten zu erneuern.

X. Wohnungshygiene, Wasserversorgung.

§ 39.

Die große Wichtigkeit gesunder wohnlicher Verhältnisse der Bevölkerung erfordert eine mannigfache Betätigung des Physikus auf diesem Gebiete. Er hat den Verhältnissen, welche für die Reinhaltung des Bodens in Betracht kommen, seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, sich zu dem Zwecke insbesondere über den Verbleib der festen und flüssigen Abgänge, die Beschaffenheit der Kanäle, der Aborte und der Düngerstätten in den Gemeinden zu unterrichten und wo in dieser Beziehung Mißstände bestehen, auf Abhülfe und zwar möglichst auf eine planmäßige Beseitigung der Schmutzstoffe und Abwässer hinzuwirken. Dies ist namentlich da von Bedeutung, wo die Untergrundverhältnisse die Ausbreitung von Typhus und dergleichen ansteckenden Krankheiten begünstigen.

Über jedes Kanalisationsprojekt aus Gemeinden seines Bezirks hat sich der Physikus gutachtlich an die zuständigen Behörden zu äußern.

§ 40.

In gleicher Weise hat der Physikus der Beschaffenheit der Wohnungen, wo sich ihm die Gelegenheit hierzu bietet, sein Interesse zuzuwenden; er hat hierbei darauf zu sehen, ob die Wohnungen den gesundheitlichen Anforderungen an Luft und Licht und den in dieser Hinsicht bestehenden baupolizeilichen Vorschriften genügen, und, sofern er auf gesundheitsgefährliche oder menschenunwürdige Zustände stößt, ein behördliches Einschreiten dagegen zu veranlassen. Dies gilt vornehmlich dann, wenn das Eindringen von Seuchen, wie Cholera, Pest usw., das Auftreten von Massenerkrankungen befürchten läßt. Außerdem hat er im allgemeinen seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß bei der Handhabung der baupolizeilichen Vorschriften die Interessen der Gesundheitspflege Berücksichtigung finden; zu dem Zwecke soll er, wenn er zu dem Erlasse von Baupolizeiverordnungen und Ortsbauplänen gehört wird, sich entsprechend gutachtlich äußern und etwaige Ausstellungen zur Sprache bringen.

Die erhöhte Fürsorge des Physikus in diesen Richtungen hat den Herbergen, Schlafstellen, Arbeiterkasernen und dergleichen zu gelten.

Es bedarf für diese Betätigung, daß der Physikus sich mit der geltenden Bauordnung, den Ausführungsvorschriften dazu sowie mit den in den Gemeinden seines Bezirks bestehenden Ortsbaustatuten bekannt und vertraut macht.

Gemeinnützige Bestrebungen auf dem Gebiete der Wohnungshygiene — Bildung von Spar- und Bauvereinen, Errichtung von Arbeiterwohnungen usw. — soll der Physikus tunlichst zu fördern suchen.

§ 41.

Die Beschaffung ausreichenden und hygienisch einwandfreien Trink- und Gebrauchswassers ist für den

öffentlichen Gesundheitszustand von wesentlicher Bedeutung und wird daher der besonderen Fürsorge des Physikus empfohlen.

Er hat sich fortlaufend über die Trinkwasserverhältnisse in den einzelnen Ortschaften seines Bezirks zu unterrichten, wobei er den Schwerpunkt hauptsächlich auf die Einwandfreiheit der örtlichen Verhältnisse zu legen haben wird, und muß durch Belehrung und Anregung, nötigenfalls durch Anträge bei den Ortsbehörden darauf hinwirken, daß mangelhafte und nicht genügend gegen Verunreinigung geschützte Trinkwasseranlagen beseitigt werden und an ihrer Stelle eine zweckmäßige Wasserversorgung eintritt. Wo er auf vorstehendem Wege nicht den gewünschten Erfolg erzielt, hat der Physikus über die Mißstände an die Landespolizeibehörde zu berichten. Erscheint die bakteriologische und chemische Untersuchung von Wasser nötig, so liegt es dem Physikus ob, gemäß den vom Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium erlassenen Weisungen die Wasserproben zu entnehmen und danach die Untersuchung auf dem geeigneten Wege zu veranlassen.

Über alle Projekte zu Wasserversorgungsanlagen (Quellwasserleitungen, Brunnenanlagen usw.) in Gemeinden seines Bezirkes hat sich der Physikus an die Landespolizeibehörden gutachtlich zu äußern.

Inwieweit zur Durchführung der Seuchengesetze noch über eine fortlaufende Überwachung der dem allgemeinen Gebrauche dienenden Trink- oder Wirtschaftswassereinrichtungen besondere, die Mitwirkung des Physikus bedingende Anordnungen zu ergehen haben, bleibt vorbehalten.

XI. Schul- und Gewerbehygiene.

§ 42.

Die gesundheitliche Überwachung durch den Physikus hat sich ferner auf die in dem Bezirke vorhandenen öffentlichen*) und privaten Schulen, unter ersteren im besonderen die Gemeindeschulen zu erstrecken. Der Physikus hat zu dem Zwecke die einzelnen Schulen mindestens alle fünf Jahre, abwechselnd im Sommer und im Winter, einer Besichtigung zu unterziehen, die sich auf die Baulichkeiten und Einrichtungen der Schule (Größe der Zimmer unter Berücksichtigung der Schülerzahl, Lüfterneuerung, Heizung, Temperatur, Beleuchtung, Reinlichkeit, Beschaffenheit und Aufstellung der Schulbänke, Lage und Einrichtung der Aborte, Trinkwasserversorgung, Spielplätze usw.) sowie auf den allgemeinen Gesundheitszustand unter den Schülern zu beziehen hat. Zu den Besichtigungen ist ein Vertreter des Schulvorstandes bzw. der Schulleiter, auch der etwa für die Schule bestellte Schularzt zuzuziehen. Es ist die Aufgabe des Physikus, die bestehenden gesundheitlichen Mängel zur Sprache zu bringen und für ihre Beseitigung durch die Schulleitung usw. zu sorgen, auch werden die Besichtigungen Gelegenheit bieten, das Interesse und Verständnis für die hygienischen Schulfragen bei den Schulleitern und Lehrern zu fördern. Findet der Physikus erheblichere gesundheitliche Mißstände vor, so hat er diese durch Vermittelung der Landespolizeibehörde zur Kenntnis der Schulaufsichtsbehörden zu bringen.

Bei Schulneubauten bzw. größeren Umbauten wird der Physikus durch Mitteilung der Baupläne seitens der

*) Die höheren staatlichen oder städtischen Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen und dergl.) eingeschlossen.

Landespolizeibehörde möglichst in den Stand gesetzt werden, seine Wünsche in bezug auf Berücksichtigung der gesundheitlichen Gesichtspunkte zur Sprache zu bringen.

§ 43.

Außer den gedachten periodischen Revisionen hat der Physikus jederzeit dann zur Besichtigung einer Schule zu schreiten, wenn die Gefahr des Ausbruchs ansteckender Krankheiten unter den Schülern bzw. deren Verbreitung durch die letzteren solches erforderlich macht und es sich gegebenenfalls um die Ergreifung der aus diesem Anlasse notwendigen sanitätspolizeilichen Schutzmaßnahmen (Schließung der Schule, einzelner Klassen usw.) handelt (vergl. u. a. das Reichsgesetz über die Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten vom 30. Juni 1900 § 16 und das zu seiner Ausführung usw. ergangene Landesgesetz vom 26. Juni 1904 Nr. 43 § 6).

Der Physikus hat sich vor den Besichtigungen mit dem Leiter der Schule ins Einvernehmen zu setzen. Störungen während des Unterrichts sind dabei tunlichst zu vermeiden.

§ 44.

Auf gewerblichem Gebiete erwächst dem Physikus vorzugsweise die Aufgabe, die ihm seitens der zuständigen Behörden mitgeteilten Anträge auf Errichtung genehmigungspflichtiger gewerblicher Anlagen, bei denen gesundheitliche Fragen in Betracht kommen, sorgfältig zu prüfen und zu begutachten. Es handelt sich hierbei für ihn darum, rechtzeitig diejenigen Mängel und Fehler in gesundheitlicher Hinsicht festzustellen, die in der Folge zu sanitären Belästigungen, Mißständen und Schädigungen für die zu beschäftigenden Arbeiter und die Anwohner usw. führen können, und deren spätere Beseitigung meistens mit Schwierigkeiten und kostspieligen Aufwendungen verknüpft ist.

Außerdem hat der Physikus den bestehenden Gewerbebetrieben seines Bezirks, die nach ihrer Art die öffentliche Gesundheit oder die der beschäftigten Arbeiter zu schädigen geeignet sind, desgleichen solchen, die durch ihre festen oder flüssigen Abgänge eine Verunreinigung des Untergrunds und der Wasserläufe befürchten lassen, seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und auf die Beseitigung der bei ihnen vorhandenen und abstellbaren gesundheitlichen Mißstände hinzuwirken. Hierbei ergibt sich für ihn besonders hinsichtlich solcher Betriebe, die vorzugsweise Gesundheitsschädigungen im Gefolge haben, wie Phosphor-, Bleifarben-, Akkumulatoren-, chemische Fabriken usw., nach Möglichkeit ein Zusammengehen mit den Gewerbeaufsichtsbeamten.

XII. Gesundheitskommissionen.

(Medizinalgesetz §§ 7 und 8.)

§ 45.

An den Bestrebungen der Gesundheitskommissionen, wo solche gebildet sind, soll der Physikus möglichst regen Anteil nehmen, dazu hat er namentlich Gelegenheit, wenn für seinen Wohnort eine Gesundheitskommission besteht. Der Physikus wird wichtige Sitzungen der Kommissionen besuchen, sich an ihren Arbeiten beteiligen und daneben durch Vorträge und Belehrung das Interesse der Mitglieder nach Möglichkeit für die Forderungen der Gesundheitspflege in Ansehung der lokalen Verhältnisse beleben.

Er hat bei allen Verhandlungen der Kommission beratende Stimme und muß jederzeit gehört werden. Er hat ferner das Recht, jederzeit an zuständiger Stelle die Zusammen-

berufung der Kommission zu verlangen bezw. auf die Bildung einer solchen zu dringen, was insbesondere in Zeiten des Ausbruchs einer Epidemie und dergl. für ihn in Frage kommen wird.

XIII. Bekämpfung der gemeingefährlichen und der anderen übertragbaren Krankheiten.

§ 46.

Mit die wichtigste Aufgabe des Physikus ist seine Mitwirkung bei der Verhütung und Bekämpfung der gemeingefährlichen und der sonst übertragbaren Krankheiten. Einschlägig hierfür sind:

- a) das Reichsgesetz über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 (R.=G.=Bl. 1900 Nr. 306) — kurz genannt das „Reichsseuchengesetz“ — nebst den Ausführungsbestimmungen dazu (R.=G.=Bl. 1904 S. 67 ff).
- b) das Landesgesetz über die Ausführung des vorbezeichneten Reichsgesetzes und die Bekämpfung anderer übertragbarer Krankheiten vom 26. Juni 1904 Nr. 43 — „Landesseuchengesetz“ —. Die Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums, die Ausführung des letztgedachten Gesetzes betreffend, vom 23. Mai 1906 (Gesetz- und Verordnungssammlung 1906 Nr. 39).

Die „gemeingefährlichen“ Krankheiten des Reichsgesetzes sind:

Ausfall,
Cholera,
Fleckfieber,

Gelbfieber,
Pest und
Pocken.

Die „anderen übertragbaren“ Krankheiten, zu deren Bekämpfung das Landesgesetz erlassen ist, sind:

Lungen- und Kehlkopftuberkulose,
Diphtherie,
Genickstarre,
Kindbettfieber,
Körnerkrankheit,
Rückfallfieber,
Ruhr,
Scharlach,
Typhus,
Milzbrand,
Koch,
Tollwut,
Fleisch-, Fisch- und Wurstvergiftung und
Trichinose.

Die Todesfälle der sämtlichen vorbezeichneten Krankheiten, sowie deren Erkrankungsfälle mit Ausnahme von Lungen- und Kehlkopftuberkulose, und die Verdachtsfälle von Kindbettfieber, Rückfallfieber, Typhus und Koch sind nach den näheren Bestimmungen im § 1 jedes der beiden Gesetze anzeigepflichtig in der Weise, daß die hierzu verpflichteten Personen, in erster Linie der behandelnde Arzt, unverzüglich den Fall der Ortspolizeibehörde mittels Meldkarte anzuzeigen haben. Die Ortspolizeibehörde ist danach verpflichtet, die Anzeige mit tunlichster Beschleunigung dem Physikus wie auch der Landespolizeibehörde auf dem kürzesten Wege zugehen zu lassen. Damit ist das amtliche Ermittlungs- und Bekämpfungsverfahren bezüglich der Krankheit eingeleitet.

§ 47.

Auf die vorgeschriebene Benachrichtigung seitens der Ortspolizeibehörde hin und in Nothfällen, auch ohne solche Nachricht abzuwarten, hat sich der Physikus zur ersten Feststellung der Krankheit in der betreffenden Ortschaft — bei den ersten Fällen von Diphtherie, Scharlach und in den Fällen von Lungen- und Kehlkopftuberkulose jedoch nur dann, wenn diese Krankheiten nicht bereits von einem Arzte festgestellt oder angezeigt worden sind — unverzüglich an Ort und Stelle zu begeben und nach näherer Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen (vergl. auch § 49 Abs. 2 und 3 dieser Anw.), alle erforderlichen Ermittlungen über die Art, den Stand und die Ursache der Krankheit (Art und Wege der Einschleppung und Verbreitung, Übertragung durch die Schulen, örtliche Mißstände inbezug auf die Trinkwasser- verhältnisse, Verseuchung des Untergrunds, Nahrungsmittel- verkehr insbesondere mit Milch usw.) vorzunehmen.

Bei den Ermittlungen ist dem Physikus, soweit er solches zur Feststellung einer gemeingefährlichen Krankheit für erforderlich und ohne Schädigung des Kranken für zulässig hält, der Zutritt zu dem Kranken oder zur Leiche und die Vornahme der zu den Ermittlungen über die Krankheit erforderlichen Untersuchungen gestattet. Für die dem Landesgesetze unterfallenden übertragbaren Krankheiten gilt das Gleiche, indes mit der Einschränkung, daß der Zutritt zu dem in ärztlicher Behandlung befindlichen Kranken dem Physikus untersagt ist, wenn nach pflichtmäßiger Erklärung des behandelnden Arztes von diesem Zutritt eine Gefährdung der Gesundheit oder des Lebens des Kranken zu befürchten ist.

Der Physikus hat den behandelnden Arzt, soweit dieser es wünscht, auch zu den Untersuchungen, die zu den Ermittlungen über die Krankheit erforderlich sind, namentlich auch zu einer etwa erforderlichen Leichenöffnung, wenn irgend angängig, rechtzeitig vorher einzuladen.

Wo zur Feststellung der Krankheit eine bakteriologische Untersuchung erforderlich erscheint, muß solche vom Physikus ausgeführt oder auf schnellstem Wege veranlaßt werden. In soweit hierbei die Hülfe der Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten im Herzoglichen Krankenhaus zu Braunschweig in Anspruch genommen wird, sind die Vorschriften der für diese erlassenen „Dienstordnung“, die sich in den Händen des Physikus befindet, zu beachten.*)

Wenn zur Feststellung der Krankheit der Physikus bei Cholera=, Gelbfieber= und Pestverdacht sowie bei Typhus= und Rostverdacht die Öffnung der Leiche als unentbehrliche Maßnahme ansieht, hat er hierüber unter Beifügung eines schriftlichen Gutachtens eine Anordnung der Landes= bzw. in Notfällen sogleich der Ortspolizeibehörde zu veranlassen. Im übrigen ist die Öffnung der Leiche bei zweifelhaften Todesfällen an die Genehmigung der Angehörigen gebunden.

§ 48.

Nach Abschluß der Ermittlungen hat der Physikus deren Ergebnis umgehend der Herzoglichen Kreisdirektion bzw. der Stadtpolizeibehörde, in der Stadt Braunschweig der Herzoglichen Polizeidirektion, mit einer Erklärung darüber, ob der Ausbruch der Krankheit festgestellt oder der Verdacht des Ausbruchs begründet ist, mitzuteilen, sich hierbei auch tunlichst sogleich über die zu ergreifenden Schutzmaßregeln gutachtlich

*) Nach der Dienstordnung liegt es dem Physikus unter anderem ob, betreffs solcher Untersuchungen, die nicht auf Ersuchen der Staatsbehörden oder der Ärzte des städtischen Krankenhauses sowie der Armenärzte zu Braunschweig von der Untersuchungsstelle auszuführen sind, zu entscheiden, ob ein öffentliches Interesse dafür vorliegt, und dies gemäß § 7 Abs. 1 Ziff. 3 der Dienstordnung zu bescheinigen.

zu äußern. Es folgt hiernach die Anordnung der Schutzmaßnahmen seitens der Behörde.

Bei Gefahr im Verzuge (vergl. § 15 des Medizinalgesetzes) hat sogleich der Physikus an Ort und Stelle die durch die Sachlage gebotenen Maßnahmen vorsorglich selbst zu treffen, von den getroffenen Anordnungen aber unverzüglich unter ausreichender Begründung derselben der Herzoglichen Kreisdirektion bzw. der Stadtpolizeibehörde, in der Stadt Braunschweig der Herzoglichen Polizeidirektion, schriftliche Mitteilung zu machen, wonach deren anderweitige Verfügung abzuwarten ist.

§ 49.

Die Schutzmaßnahmen selbst gegen die Weiterverbreitung der gemeingefährlichen wie der anderen übertragbaren Krankheiten sind durch die Bestimmungen der §§ 12—21 des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900 an die Hand gegeben. Unter diesen Maßnahmen stehen voran: die Beobachtung und die Absonderung der Kranken oder krankheitsverdächtigen Personen, die Räumung von Wohnungen und Gebäuden, in denen Erkrankungen vorgekommen sind, die Einführung der Meldepflicht, das Verbot der Benutzung von Brunnen und dergl., die verschärfte Überwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln und in erster Linie die Desinfektion.

Für die Bekämpfung der einzelnen gemeingefährlichen Krankheiten sind danach vom Bundesrate unter dem 3. Juli 1902 bzw. 28. Januar 1904 Sonderanweisungen aufgestellt worden, die, zusammengestellt aus den einschlägigen Gesetzes- und Ausführungsbestimmungen und verbunden mit Ratschlägen für die behandelnden Ärzte sowie mit gemeinverständlichen Belehrungen über das Wesen der Krankheit für die Bevölkerung, dazu bestimmt sind, den für die Seuchenbekämpfung zuständigen Polizeibehörden und den zu ihrer Mitwirkung berufenen beamteten Ärzten bei ihren Maßnahmen

in allen wesentlichen Punkten zur Richtschnur zu dienen. Im besonderen ist darin auch bei jeder Krankheit das für den beamteten Arzt zunächst wichtige Ermittlungsverfahren zusammengestellt. Die Anweisungen sind in besonderen amtlichen Ausgaben als kleine brochierte Hefte erschienen. Der Physikus muß dauernd in ihrem Besitze und mit ihrem Inhalte vertraut sein.

Für die Schutz- und Bekämpfungsmaßnahmen in Ansehung der einzelnen unter das Landesseuchengesetz fallenden Krankheiten ist die generelle „Anleitung“ in den §§ 21—37 der Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 23. Mai 1906 Nr. 39 maßgebend.

Für die Seuchenbekämpfung im ganzen hat zu gelten, daß sie bestrebt sein muß, unter den Maßregeln, welche nach den Erfahrungen der Wissenschaft zur Unterdrückung der Krankheit geeignet sind, diejenigen auszuwählen und mit Nachdruck durchzuführen, welche schnell und sicher zum Ziele führen, ohne in der Auferlegung von Opfern und Belästigungen für das Publikum das durch sachliche Rücksichten gebotene Maß zu überschreiten. Dementsprechend hat der Physikus die für die Seuchenbekämpfung zuständige Behörde im Einzelfalle zu beraten.

Selbstverständliche Aufgabe des Physikus auf dem vorliegenden Gebiete ist ferner, in den Krankheitsfällen, soweit er dabei an Ort und Stelle tätig wird, die Familienangehörigen und das Pflegepersonal der Erkrankten über die durch die Krankheit gebotenen Verhaltensmaßregeln in der nötigen Weise zu belehren.

§ 50.

Nach dem § 8 des Landesgesetzes steht dem Herzogl. Staatsministerium — und für die Fälle dringender Gefahr auch der Landespolizeibehörde — die Ermächtigung zu, die Bestimmungen des Gesetzes auch auf andere an sich nicht

unter das letztere fallende Krankheiten vorübergehend auszu dehnen, wenn und solange diese in epidemischer Verbreitung auftreten. *) Wird von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht, so erwachsen dem Physikus für diese Fälle in sinn gemäßer Weise die hiervoor behandelten Aufgaben.

Ferner einschlägige Obliegenheiten für den Physikus enthält die Bekanntmachung des Reichskanzlers, die wechselseitige Benachrichtigung der Militär- und Polizeibehörden über das Auftreten übertragbarer Krankheiten betr., vom 22. Juli 1902 (R.=G.=Bl. S. 257) nebst den dazu vom Herzoglichen Staatsministerium erlassenen Ausführungsbestimmungen.

§ 51.

Die Kosten, welche durch die Mitwirkung des Physikus bei der Durchführung der Seuchengesetzgebung entstehen, fallen ausschließlich der Staatskasse zur Last und sind daher vom Physikus bei der Landespolizeibehörde zu liquidieren (vergl. § 32).

Über das Vorkommen der Krankheiten in den einzelnen Ortschaften sind vom Physikus in den nach § 38 zu führenden Übersichten und in dem Jahresbericht (§ 33) die entsprechenden Eintragungen zu machen.

§ 52.

Vernachlässigen die praktizierenden Ärzte oder die sonstigen die Heilkunde ausübenden Personen die ihnen gesetzlich hinsichtlich der gemeingefährlichen usw. Krankheiten obliegende Anzeigepflicht, so hat der Physikus zunächst mit Verwarnungen und gegebenenfalls mit Herbeiführung der gerichtlichen Bestrafung einzuschreiten.

*) Dahin gehören beispielsweise Masern, Keuchhusten und Influenza.

XIV. Schutzpockenimpfung.

(vergl. das Reichsimpfgesetz vom 8. April 1874 und die landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen in den Verordnungen bezw. Bekanntmachungen

vom 10. April	1875	Nr. 32,
" 16. Juli	1879	" 45,
" 26. März	1888	" 13,
" 11. "	1895	" 24,
" 4. Dezember	1899	" 101 und
" 30. Mai	1905	" 32).

§ 53.

Der Physikus steht dem öffentlichen Impfwesen in seinem Bezirke vor; als solchem liegt ihm die Wahrnehmung der impfärztlichen Geschäfte bezw. die Überwachung der von anderen Ärzten vorgenommenen Impfungen ob (§ 12 Nr. 4 des Medizinalgesetzes). Er hat darauf zu sehen, daß die Gesetzes- und sonstigen Vorschriften über das Impfwesen gehörig befolgt werden.

§ 54.

Die öffentlichen Impfungen sind vom Physikus in der Regel in den Monaten Mai, Juni und September jedes Jahres ortschaftsweise vorzunehmen. Herrschen in einem Orte ansteckende Krankheiten in größerer Verbreitung, so sind während der Dauer solcher Epidemie keine öffentliche Impfungen vorzunehmen bezw. hat der Physikus, wenn die Epidemie erst nach Beginn des Impfgeschäftes ausbricht oder zu seiner Kenntnis gelangt, die Impfung sofort zu unterbrechen.

§ 55.

Die angelegten Impftermine hat der Physikus den Gemeindebehörden mindestens 1 Woche vorher bei Übersendung der Impflisten usw. bekannt zu geben. Die Gemeindebehörden haben danach für die Abhaltung der Termine die weiteren Vorbereitungen zu treffen, wozu die Vorladung der Impflinge, die Bereitstellung eines geeigneten Impflokals und die Gestellung einer Schreibhülfe sowie eines Beauftragten, der im Einvernehmen mit dem Physikus die Ordnung im Impftermine aufrecht zu erhalten hat, gehören. Der Physikus hat darauf zu sehen, daß diesen Verpflichtungen nach Vorschrift genügt wird. Als Impflokal sind genügend große, lustige und gut beleuchtete, saubere Zimmer auszuwählen, welche möglichst auch eine Trennung des Warteraums vom Operationszimmer gestatten und bei kühler Witterung geheizt werden können. Es ist ferner darauf zu sehen, daß im Lokale genügende Sitzgelegenheit für die Impflinge bezw. ihre Angehörigen vorhanden ist.

Bei den Wiederimpfungen und der darauf folgenden Nachschau soll auch ein Lehrer anwesend sein.

§ 56.

Vor dem Beginn des Impfgeschäfts hat der Physikus einen Plan der abzuhaltenden Impftermine mit Angabe von Tag, Stunde und des Impflokals dem Herzogl. Landes-Medizinalkollegium einzureichen, diesem auch etwaige Änderungen in dem Plane umgehend anzuzeigen.

§ 57.

Die Angehörigen der Impflinge sowie bei Wiederimpfungen auch deren Lehrer sind vor Vornahme der Impfung über den Gesundheitszustand derselben zu befragen. Impflinge,

welche vor nicht langer Zeit krank waren oder einen kränklichen Eindruck machen, sind vor der Impfung vom Physikus zu untersuchen. Das Gleiche gilt für den Fall, daß die Angehörigen der Impflinge besonders um die Untersuchung nachsuchen. Die Impfung hat zu unterbleiben, wenn nach dem Ergebnis der Untersuchung oder nach einer beigebrachten ärztlichen Bescheinigung eine Gefahr für die Gesundheit des Impflings daraus zu befürchten ist. Ist der Impfling bereits 2 mal von der Impfung auf Grund eines vorgelegten ärztlichen Zeugnisses zurückgestellt gewesen, so hat der Physikus beim nächsten Male selbst eine Untersuchung des Kindes vorzunehmen.

§ 58.

Erfährt der Physikus von Erkrankungen infolge der Impfung, so hat er unverzüglich nähere Ermittlungen darüber anzustellen, das betreffende Kind genau zu untersuchen und über den Befund sowie über den weiteren Verlauf der Erkrankung an das Herzogl. Landes-Medizinalkollegium zu berichten. Unrichtigen Nachrichten, die über Impfschädigungen verbreitet sind, hat er in geeigneter Weise entschieden entgegenzutreten.

§ 59.

Über ungenügende Impferfolge und sonstige fehlerhafte Beschaffenheit der verwandten Lymphe hat der Physikus unter Angabe der Nummer des Versandbuches bezw. der Nummer des Kalbes an das Herzogl. Landes-Medizinalkollegium eingehend zu berichten. Die Wiederholung erfolgloser Impfungen in demselben Jahre darf nur auf Anweisung der genannten Behörde geschehen.

§ 60.

Privatärzte, welche Impfungen vornehmen, werden darüber Impflisten aufstellen und zwar besondere je für Erst-

impfungen, für schon im Geburtsjahre des Impflings ausgeführte Impfungen und für Wiederimpfungen. Die Ärzte werden diese Impflisten dem für den Wohnort des Impflings zuständigen Physikus bis spätestens zum 10. Januar des auf das Impfsjahr folgenden Jahres einreichen, wonach der Physikus sie gemäß § 61 weitergibt. Bleibt nach dem vorstehenden Zeitpunkte eine Aufforderung des Physikus an die Ärzte zur Einreichung der Listen ohne Erfolg, so hat er darüber an das Herzogl. Landes-Medizinalkollegium zu berichten.

§ 61.

Der Physikus hat die gesamten Impflisten aus seinem Bezirke nebst den vorgeschriebenen Übersichten möglichst bald nach Beendigung des Impfgeschäfts, spätestens aber bis zum 31. Januar des auf das Impfsjahr folgenden Jahres dem Herzogl. Landes-Medizinalkollegium zugleich mit einem Berichte über den Verlauf des Impfgeschäfts und mit einer Liquidation der erwachsenen Tagegelder und Reisekosten für die von ihm ausgeführten öffentlichen Impfungen einzureichen. Zu der Liquidation ist das vorgeschriebene Formular zu verwenden.

§ 62.

Personen, welche aus solchen außerdeutschen Ländern einwandern, in welchen (wie in Rußland, Italien, Österreich) allgemeiner Impfwang nicht besteht, sollen bei Vermeidung der Ausweisung angehalten werden, sich unverzüglich impfen zu lassen, wenn sie nicht nachweisen können, daß sie schon geimpft sind oder die echten Menschenblattern überstanden haben. Hierauf ist besonders bei den Arbeitern und Arbeiterinnen, die alljährlich zur Verrichtung landwirtschaftlicher oder industrieller Arbeiten zeitweilig ins Land kommen, zu halten.

Der Physikus hat sein Augenmerk darauf zu richten, daß in dieser Beziehung vorschriftsmäßig verfahren wird, er hat sich hierüber durch Benehmen mit den Ortspolizeibehörden und den Arbeitgebern tunlichst auf dem Laufenden zu erhalten und über Vernachlässigung der Vorschriften an die Landespolizeibehörde zu berichten.

Teil 2. Medizinalpolizeiliche Angelegenheiten.

XV. Allgemeine Überwachung des Medizinalpersonals.

§ 63.

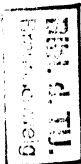
Der Physikus hat die im § 20 des Medizinalgesetzes vorgeschriebenen An- und Abmeldungen der Ärzte und Zahnärzte seines Bezirks entgegenzunehmen. Säumige sind von ihm zu erinnern und bei erfolgloser Erinnerung zwecks Bestrafung anzuzeigen.

Über die erfolgte Niederlassung von Ärzten und Zahnärzten sowie über den Abgang unter ihnen (infolge Todes, Wohnortwechsels, Aufgabe der ärztlichen Praxis) hat der Physikus alsbald an das Herzogl. Landes-Medizinalkollegium und zwar über jede Niederlassung unter Anschluß der Approbation und gegebenenfalls auch des Doktordiploms des Betreffenden zu berichten.

Ferner hat er etwaige Fälle standesunwürdigen Verhaltens der Ärzte und Zahnärzte zur Kenntnis des Herzogl. Landes-Medizinalkollegiums zu bringen.

§ 64.

Der Physikus hat über die einzelnen Klassen des Medizinalpersonals seines Bezirks und zwar:



1. die Ärzte,
2. die Zahnärzte,
3. die Apothekenbesitzer,
4. die Apothekergehülften,
5. die Apothekerlehrlinge,
6. die Hebammen,
7. die Heilgehülften und
8. die Desinfektoren

besondere Rollen zu führen und auf dem Laufenden zu erhalten (vergl. § 26). Zu den Rollen sind die vorgeschriebenen Formulare zu verwenden. Insofern es sich darin um die Eintragungen der gerichtlichen oder disziplinarischen Bestrafungen des Medizinalpersonals handelt, erhält der Physikus hierüber die nötigen Mittheilungen durch das Herzogl. Landes-Medizinalkollegium. Die Rollen bilden zusammen ein Gesamtverzeichnis des Medizinalpersonals des Bezirks.

Daneben ist vom Physikus für die Zwecke seiner Aufsichtsführung über die tierärztlichen Hausapotheken (vergl. § 85 dieser Anw.) ein besonderes Verzeichnis der in seinem Bezirke ansässigen Tierärzte anzulegen und auf dem Laufenden zu erhalten, zu welchem Behufe ihm das Herzogl. Landes-Medizinalkollegium die erfolgten Niederlassungen von Tierärzten im Physikatsbezirke mittheilen wird.

§ 65.

Außerdem hat der Physikus ein Verzeichnis derjenigen von ihm ermittelten Personen seines Bezirks zu führen, welche ohne approbiert zu sein, die Heilkunde ausüben. Das Verzeichnis hat die nötigen Angaben über Vor- und Zunamen, Wohnort, Geburtsdatum, Religionsbekenntnis, Tag des An- und Wegzugs jedes einzelnen dieser sogenannten „Kurpfuscher“ zu enthalten; außerdem sind darin aufzunehmen Bemerkungen über die Art,

wie die Personen die Heilkunde ausüben (Verkauf von Heilmitteln, bestimmte Heilmethoden, Anpreisung in Blättern, briefliche Behandlung und dergl.) sowie über die sonstige Berufsstellung, Vorleben und etwaige gerichtliche Bestrafungen. Zu den einschlägigen Ermittlungen steht es dem Physikus frei, die Hülfe der Landes- und Ortspolizeibehörden in Anspruch zu nehmen.

Der Physikus hat sein besonderes Augenmerk auf die Tätigkeit der Kurpfuscher zu richten und Gesetzesverletzungen derselben, insbesondere die Beilegung einer unerlaubten Berufsbezeichnung, behufs gerichtlicher Verfolgung zur Anzeige zu bringen. Im übrigen hat er es sich angelegen sein zu lassen, die Bevölkerung vorkommendenfalls in geeigneter Weise über das gemeinschädliche Treiben der Kurpfuscherei aufzuklären.

In dem Jahresberichte (vergl. § 33) ist das Nötige über das Kurpfuschertwesen im Bezirke zu sagen.

XVI. Hebammenwesen.

(vergl. Medizinalgesetz §§ 28—34 und die Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums vom 24. August 1887 Nr. 28, betr. die Zulassung der in der Nähe der Grenze eines Bundesstaates wohnenden Hebammen zur Ausübung ihres Berufes in den Nachbargebieten).

§ 66.

Der Physikus hat darauf zu achten, daß der Bedarf an Hebammen in seinem Bezirke ständig gedeckt ist. Bei eintretendem Bedürfnis hat er daher bei der Gemeindebehörde die Anstellung einer neuen Hebamme rechtzeitig anzuregen

und im Falle der Weigerung der Gemeindebehörde darüber an das Herzogl. Landes-Medizinalkollegium zu berichten.

Die Hebammenanwärterinnen sind durch den Physikus auf ihren Gesundheitszustand und ihre körperliche und geistige Befähigung zu untersuchen. Der Befund ist in das vorgeschriebene Formular einzutragen.

§ 67.

Die sämtlichen Hebammen des Bezirks unterstehen der Aufsicht des Physikus. Dieser erhält über jede Bestellung einer Hebamme eine amtliche Mitteilung durch das Herzogl. Landes-Medizinalkollegium, hat danach die Hebamme in die Rolle (vergl. § 64) einzutragen und außerdem über jede Hebamme einen besonderen Personalbogen anzulegen; in diesen sind fortlaufend Bemerkungen über die Zahl der jährlichen Entbindungen (vergl. § 70), die Ergebnisse der Nachprüfungen und die in der Praxis der Hebamme vorgekommenen schwereren Erkrankungen der Schwangeren, Wöchnerinnen und Neugeborenen einzutragen.

§ 68.

Die Überwachung durch den Physikus erstreckt sich auf das dienstliche und das außerdienstliche Verhalten der Hebammen. Kommen dienstliche Verfehlungen zu seiner Kenntnis, so hat er das Nötige darüber festzustellen und, wenn sich dieselben als geringe Verstöße herausstellen, die Hebammen durch Einschärfung der bestehenden Vorschriften, insbesondere der „Hebammendienstanweisung“ entsprechend zu belehren. Über schwere Verfehlungen der Hebammen in Ausübung ihres Berufs, beharrliche Zuwiderhandlungen gegen ihre Dienstanweisung und, wenn sonst die Voraussetzungen des § 33 des Medizinalgesetzes vorliegen, insbesondere bei Eintritt dauernder Dienstuntauglichkeit infolge Krankheit oder Alters

und bei anstößigem Lebenswandel, hat der Physikus an das Herzogl. Landes=Medizinalkollegium zu berichten.

Ebendenselben sind auch längere Erkrankungen der Hebammen anzuzeigen.

Klagen über die Gebührenforderungen der Hebammen hat der Physikus zu prüfen und möglichst durch Ausgleich zu erledigen.

§ 69.

Einer Hebamme, die durch eigene Erkrankung oder durch die Möglichkeit, eine Krankheit zu übertragen, die ihr anvertrauten Personen gefährdet (vergl. § 32 Abs. 3 des Med.=Ges.), hat der Physikus die Ausübung ihrer Tätigkeit für die Dauer jener Gefahr zu untersagen. Er hat zugleich darauf zu halten, daß sie gegebenenfalls die nötige Desinfektion ihrer Person, ihrer Kleidung und ihrer Instrumente und Gerätschaften (§§ 9, 10, 13 und 14 der „Belehrung“) vornimmt.

§ 70.

Die Tagebücher der Hebammen, welche diese gemäß § 1 der Dienstanweisung bis zum 15. Februar jedes Jahres, gehörig abgeschlossen, an den Physikus einzusenden haben, sind von letzterem zu prüfen, mit dem Prüfungsvermerk zu versehen und danach bis zum 1. März an das Herzogl. Landes=Medizinalkollegium einzureichen. Aus den Tagebüchern hat der Physikus die Gesamtzahl der in dem Jahre von der Hebamme geleiteten Entbindungen festzustellen und sie gemäß § 67 in seinen Akten zu vermerken.

§ 71.

Die besondere Nachprüfung der Hebammen findet alle 2 Jahre statt. Sie hat sich zu erstrecken auf die geburts-hülflichen Kenntnisse, auf die Reinlichkeitslehre, die Kenntnisse

von den venerischen Erkrankungen bei Mutter und Kind, sowie auf die Kenntnisse in der Ernährung und Pflege der Neugeborenen und deren Erkrankungen. Bei der Nachprüfung ist ferner die Beschaffenheit der vorgeschriebenen Instrumente, Gerätschaften, Medikamente und Drucksachen festzustellen und der Ersatz unbrauchbar gewordener und dergl. Stücke zu veranlassen.

Über das Ergebnis ist das vorgeschriebene Nachprüfungsformular auszufüllen und dieses, soweit erforderlich, mit Bericht bis zum 1. Dezember des betreffenden Jahres an das Herzogl. Landes-Medizinalkollegium einzureichen.

§ 72.

Die Überwachung durch den Physikus hat sich auch auf diejenigen auswärtigen Hebammen zu erstrecken, denen gemäß der Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums vom 24. August 1887 die Ausübung ihres Berufs auf braunschweigischem Gebiete gestattet ist. Diese Hebammen haben sich nach den im Herzogtume gültigen einschlägigen Bestimmungen zu richten, sich beim zuständigen Physikus anzumelden und ihm alljährlich einen Auszug aus ihren Tagebüchern über die im Herzogtum geleiteten Geburten einzureichen.

XVII. Heilgehülfen.

(Medizinalgesetz §§ 35—40.)

§ 73.

Die Heilgehülfen sind der Aufsicht des Physikus unterworfen und haben diesem vor Beginn der Praxis ihren Niederlassungsort, desgleichen jeden Wohnorts- bezw. Wohnungswechsel binnen 8 Tagen anzuzeigen.

§ 74.

Die Überwachung hat sich auf das dienstliche wie das außerdienstliche Verhalten der Heilgehülfen zu erstrecken. Die dienstliche Tätigkeit hat der Physikus bei sich ihm bietender Gelegenheit zu kontrollieren und dabei insbesondere die Instrumente und Gerätschaften, sowie diejenigen Räume der Wohnung des Heilgehülfen, die dem Hülfesuchenden zugänglich sind, zu besichtigen.

Über schwere Pflichtverletzungen, wiederholte Überschreitungen ihrer Befugnisse oder einen anstößigen Lebenswandel der Heilgehülfen hat der Physikus an das Herzogl. Landes-Medizinalkollegium zu berichten. Beschwerden über zu hohe Gebührenforderungen hat er zu prüfen und möglichst im Wege gütlicher Vermittelung zu erledigen.

§ 75.

Die Heilgehülfen sind durch den Physikus alle 5 Jahre einer Nachprüfung zu unterziehen. Hierbei ist insbesondere das von ihnen gemäß § 4 der „Heilgehülfendienstanweisung“ zu führende Tagebuch zu prüfen.

Über das Ergebnis der Nachprüfungen ist bis Ende des betreffenden Jahres an das Herzogl. Landes-Medizinalkollegium zu berichten. Bei ungenügendem Ausfalle der Nachprüfung ist diese binnen 3 Monaten zu wiederholen.

§ 76.

Der Physikus hat sich, bevor er gemäß § 36 Abs. 2 des Medizinalgesetzes zu der Einberufung eines Bewerbers zu dem Heilgehülfen-Lehrkursus seine Zustimmung gibt, über dessen körperliche und geistige Tauglichkeit sowie sonstige Zuverlässigkeit zu vergewissern.

XVIII. Desinfektoren.

§ 77.

Dem Physikus liegt es ob, die Personen, welche als Desinfektoren ausgebildet werden sollen, auf Ersuchen der Landespolizeibehörde vor ihrer Einberufung auf ihre körperliche und geistige Befähigung, wofür in letzterer Hinsicht der Nachweis der Elementarkenntnisse, besonders im Rechnen zu fordern ist, sowie auf ihre sonstige Zuverlässigkeit zu untersuchen. Ferner hat er die Desinfektoren, über die von ihm Personaltrollen zu führen sind (vergl. § 64), in technischer Beziehung zu beaufsichtigen und sich deshalb, so oft sich Gelegenheit dazu bietet, davon zu überzeugen, daß die Desinfektoren ihre Arbeiten gewissenhaft und nach den gegebenen Vorschriften ausführen und daß ihre Ausrüstung vollständig und im gebrauchsfähigen Zustande ist. Der Physikus ist befugt, den Desinfektoren in technischer Beziehung Anweisungen zu erteilen. Bei Prüfung der Tagebücher wird er seitens der Landespolizeibehörde zugezogen werden. Alle drei Jahre hat er die Desinfektoren einer eingehenden Nachprüfung zu unterziehen und zugleich die Ausrüstungsgegenstände zu revidieren. Über das Ergebnis der Prüfung hat der Physikus an die Landespolizeibehörde zu berichten. Zeigen die Desinfektoren bei der Nachprüfung wesentliche Lücken ihrer Kenntnisse, so kann der Physikus ihre Einberufung zu einem Nachkursus beantragen.

XXI. Apothekenwesen.

(Medizinalgesetz §§ 41—60; Erlaß des Herzoglichen Landes-Medizinalkollegiums, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der allopathischen Apotheken, vom 8. Februar 1904 Nr. 25 und die dazu ergangene Abänderung vom 13. Oktober 1906 Nr. 75.

Desgleichen, betreffend die Beaufsichtigung der Apotheken, vom 8. Februar 1904 Nr. 26.

Desgleichen, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der homöopathischen Apotheken und Dispensieranstalten, vom 11. Juni 1896 Nr. 37.

Desgleichen, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der tierärztlichen Hausapotheken, vom 8. Januar 1904 Nr. 4.

Desgleichen die Erlasse, betreffend die Abgabe stark wirkender Arzneimittel, sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken

vom 7. Juli 1896 Nr. 42,

„ 4. Oktober 1897 Nr. 37,

„ 26. April 1898 Nr. 20,

„ 28. November 1899 Nr. 100,

„ 29. Mai 1901 Nr. 29 und

„ 30. April 1906 Nr. 33.

Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums, betreffend die Einrichtung von Apotheken und Arzneizubereitungsanstalten in Krankenhäusern usw., vom 25. April 1900 Nr. 572 C.

Gesetz, betreffend den Handel mit Giften, vom 9. Juni 1895 Nr. 35, mit der Abänderung durch Gesetz vom 23. August 1901 Nr. 45 und die Ausführungsverordnungen vom 18. Februar 1897 Nr. 7 und vom 5. März 1906 Nr. 17.

Gesetz, betreffend den Verkehr mit Geheimmitteln und ähnlichen Arzneimitteln, vom 10. Dezember 1903 Nr. 71.

Kaiserliche Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln, vom 22. Oktober 1901 (R.=G.=Bl. Nr. 2805) nebst der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 1. Oktober 1903 (R.=G.=Bl. Nr. 2993).

Das jeweilige Arzneibuch für das Deutsche Reich.

Die gültige deutsche Arzneitaxe.

Die Prüfungsordnung für Apotheker vom 18. Mai 1904).

§ 78.

Die im Bezirke vorhandenen Apotheken, Zweigapotheken, Krankenhausapotheken und Arzneizubereitungsanstalten in Krankenhäusern unterstehen der Aufsicht des Physikus.

§ 79.

Der Physikus hat die sämtlichen Apotheken in angemessenen Zeitabständen, mindestens einmal jährlich, soweit tunlich gelegentlich anderweiter Dienstreisen, zu besuchen und sich hierbei in Kenntnis von ihrem Zustande und Betriebe zu erhalten. Auf vorgefundene Mängel der Einrichtung und beobachtete Verstöße gegen die über den Betrieb erlassenen Vorschriften hat er die Apothekenvorstände oder ihre Vertreter hinzuweisen und, falls er bei dem nächsten Besuche oder sonst erfahren sollte, daß die Erinnerungen unbeobachtet gelassen sind, dem Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium bezügliche Anzeige zu machen.

Bei den Besuchen der Apotheken hat der Physikus im besonderen seine Aufmerksamkeit auf die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Abgabe von stark wirkenden Arzneimitteln sowie über den Verkehr mit Geheimmitteln*) und dergleichen Arzneimitteln zu erstrecken.

*) Die Überwachung der Durchführung des Geheimmittelgesetzes außerhalb der Apotheken hat sich vornehmlich darauf zu

§ 80.

Der Physikus hat ferner an den vom Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium in gewissen Zeiträumen angeordneten amtlichen Besichtigungen der Apotheken auf Einladung des mit dem Geschäfte beauftragten Mitgliedes des Kollegiums teilzunehmen. Ist er ausnahmsweise behindert, so hat er tunlichst vor dem Beginne der Besichtigung dem Mitgliede des Landes-Medizinalkollegiums hiervon unter Angabe des Grundes Mitteilung zu machen.

Die Mitwirkung des Physikus bei diesen Besichtigungen im einzelnen ist durch den Erlaß vom 8. Februar 1904 Nr. 26 §§ 2 ff. geregelt. *)

§ 81.

Das Herzogliche Landes-Medizinalkollegium richtet auf Grund des Ausfalls der Besichtigung an den Physikus einen Bescheid unter Anschluß der Besichtigungs-Anordnungen in zwei Exemplaren. Der Physikus hat die Urschrift des Bescheides nebst einem Exemplare der Anordnungen zu den Akten zu nehmen und den Inhalt des Bescheides sodann mit dem zweiten Exemplare der Anordnungen mittels eines besonders von ihm verfaßten amtlichen Schreibens dem Apotheker binnen 3 Tagen mitzuteilen. Dabei ist dieser aufzufordern, sich vor Ablauf der verfügten Fristen schriftlich über die Art und Weise der Erledigung jeder einzelnen Anordnung zu äußern; sofern es

erstrecken, daß der Physikus auf Zuwiderhandlungen gegen das Verbot der öffentlichen Ankündigung oder Anpreisung von Geheimmitteln und ähnlichen Mitteln zu achten und sie zur Kenntnis der Polizeibehörden zu bringen hat.

*) Die Kosten der etwaigen Dienstreisen zum Zwecke der Apothekenbesichtigungen sind beim Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium zu liquidieren (vergl. § 32).

sich um Justierung und Neuanschaffung von Wagen und Gewichtstücken handelt, sind der Äußerung zugleich die einzelnen Quittungen und Eichscheine beizufügen. Der Physikus hat die Äußerungen des Apothekers zu den Akten zu nehmen, die Quittungen und Eichscheine hingegen demselben nach genommener Einsicht und Beurkundung zurückzugeben. Bei den von ihm vorzunehmenden Besuchen der Apotheke hat sich der Physikus von der Richtigkeit der schriftlichen Mitteilungen des Apothekers zu überzeugen.

§ 82.

Gesuche und Eingaben der Apothekenvorstände hat der Physikus möglichst bald an das Herzogliche Landes-Medizinalkollegium, mit etwaigen Bemerkungen, weiterzugeben.

Er hat darüber zu wachen, daß bei Abwesenheit oder sonstiger Behinderung des Apothekenvorstandes nach den Bestimmungen des Medizinalgesetzes bezw. des Erlasses vom 8. Februar 1904 Nr. 25 § 32 verfahren wird. Danach ist insbesondere von jeder länger als 3 Tage dauernden Abwesenheit oder Verhinderung des Apothekenvorstandes vorher bezw. sobald wie möglich dem Physikus unter Nennung des Vertreters schriftlich Anzeige zu machen. Wird der ordnungsgemäße Betrieb einer Apotheke durch Tod oder sonstige andauernde Behinderung des Apothekenvorstandes unterbrochen, so hat der Physikus hiervon unverzüglich dem Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium zwecks Erlasses der nötigen Anordnungen Anzeige zu machen (vergleiche § 49 Mediz.-Ges.).

Ferner hat der Physikus ungesäumt zu berichten, wenn Handlungen des Apothekers zu seiner Kenntnis gelangen, die nach § 55 des Medizinalgesetzes die Entziehung der Konzession zum Apothekenbetriebe zur Folge haben können (insbesondere grobe Nachlässigkeit in Ausübung des Berufs,

wiederholte Überschreitung der Befugnisse, anstößiger Lebenswandel usw.). Auch sonst liegt es dem Physikus ob, über ihm bekannt gewordene strafbare Handlungen der Apothekenvorstände oder ihrer Vertreter sowie des Apothekenpersonals in Bezug auf den Apothekenbetrieb, desgleichen über Fälle standesunwürdigen Verhaltens der Apotheker und ihrer Vertreter dem Herzöglichen Landes-Medizinalkollegium Bericht zu erstatten.

§ 83.

Wegen der Rollenföhrung über die Apothekenvorstände und das Apothekenpersonal siehe § 64.

§ 84.

Die Überwachung hat sich sodann auf die gehörige Beschäftigung des Apothekenpersonals (Gehülfen, Lehrlinge) zu erstrecken.

Als Gehülfen dürfen in den Apotheken nur solche Personen beschäftigt werden, welche die pharmazeutische Vorprüfung im Sinne der Prüfungsordnung für Apotheker vom 18. Mai 1904 bestanden haben. Von dem Eintritte wie von dem Austritte eines jeden Gehülfen hat der Apothekenvorstand dem Physikus innerhalb 8 Tagen unter Vorlegung der in § 34 Abs. 3 des Erlasses vom 8. Februar 1904 Nr. 25 vorgeschriebenen Zeugnisse schriftlich Anzeige zu machen. Der Physikus hat An- und Abmeldung entsprechend zu bescheinigen. Er hat ferner dafür zu sorgen, daß die Zeugnisse über die praktische Tätigkeit nach der pharmazeutischen Prüfung nach dem im § 35 der Prüfungsordnung vom 18. Mai 1904 vorgeschriebenen Muster ausgestellt werden, und hat diese Zeugnisse zu beglaubigen.

Bei den Lehrlingen hat er die gemäß § 35 des Erlasses vom 8. Februar 1904 an ihn zu richtenden schrift-

lichen Anmeldungen auf die Erfüllung der vorgeschriebenen Erfordernisse zu prüfen und, wenn kein Anstand obwaltet, die Meldung schriftlich zu bestätigen, anderenfalls aber die Zulässigkeit der Annahme des Lehrlings klarzustellen und danach das Weitere zu veranlassen. Das Zeugnis, welches dem Lehrling vom ausbildenden Apothekenvorstande über die Lehrzeit ausgestellt wird, hat dem Muster des § 6 der Prüfungsordnung vom 18. Mai 1904 zu entsprechen und bedarf hinsichtlich der Dauer der Ausbildungszeit der amtlichen Bestätigung durch den Physikus.

An ihn ergehende Gesuche der Apotheker-Gehülfen oder Lehrlinge um Dispensation von irgendwelchen Vorschriften der Prüfungsordnung für Apotheker hat der Physikus dem Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium zur Weiterbeförderung einzureichen.

Anderes als beim Physikus angemeldetes pharmazeutisches Personal darf in den Apotheken nicht beschäftigt werden.

§ 85.

Der Aufsicht des Physikus sind auch die tierärztlichen Hausapotheken unterstellt nach näherer Maßgabe des Erlasses vom 8. Januar 1904 Nr. 4. Sie sollen in der Regel alle drei Jahre einmal durch den Physikus eingehend besichtigt werden. Über das Ergebnis der Besichtigung ist ein Protokoll nach dem vorgeschriebenen Formular aufzunehmen und vom Physikus mit erläuterndem Berichte dem Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium alsbald einzureichen.

Für jede tierärztliche Hausapotheke hat derselbe eine besondere Akte anzulegen (vergl. im übrigen § 64, Schlußsatz).

XX. Überwachung des Gift- und Drogenhandels sowie des Arzneimittelverkehrs außerhalb der Apotheken.

(Gesetz, betreffend den Handel mit Giften, vom 9. Juni 1895 Nr. 35 mit der Abänderung durch Gesetz vom 23. August 1901 Nr. 45, und die Ausführungsverordnungen vom 18. Februar 1897 Nr. 7 und vom 5. März 1906 Nr. 17;

Gesetz, betreffend die Besichtigung der Drogen- und ähnlichen Handlungen vom 26. November 1896 Nr. 63;

Ausführungsbekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums zu den beiden vorstehenden Gesetzen vom 20. Mai 1897 Nr. 17;

Kaiserliche Verordnung, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln vom 22. Oktober 1901 (R.=G.=Bl. Nr. 2805) nebst der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 1. Oktober 1903 (R.=G.=Bl. Nr. 2993);

Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums, betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln außerhalb der Apotheken, vom 20. August 1903 Nr. 52).

§ 86.

Der Physikus hat darüber zu wachen, daß die gesetzlichen und sonstigen Bestimmungen über den Gift- und Drogenhandel sowie über den Arzneimittelverkehr außerhalb der Apotheken streng beobachtet werden. Zuwiderhandlungen sind zur Kenntnis der Polizeibehörden zu bringen.

§ 87.

Die sämtlichen im Bezirke vorhandenen Gift- und Drogenhandlungen sind vom Physikus alljährlich einmal unvermutet, erforderlichenfalls unter Zuziehung eines Polizei-

beamten, einer Besichtigung zu unterziehen. Zu dem Zwecke erhält der Physikus alljährlich von der Landespolizeibehörde ein Verzeichniß der sämtlichen in Frage kommenden Handlungen zugestellt, welches die Grundlage für die Besichtigungen bildet. Die näheren Vorschriften darüber enthält die Ausführungsbekanntmachung vom 20. Mai 1897 Nr. 17. Über Gang und Ergebnis der Besichtigungen hat der Physikus nach den vorgeschriebenen Formularen Protokolle aufzunehmen, welche von dem Inhaber der Handlung mit zu unterschreiben sind. Die Besichtigungsprotokolle gehen zunächst an die Landespolizeibehörde zur Kenntnis und Einleitung einer etwaigen Strafverfolgung und dergleichen und sind nach Rückempfang sodann bis Ende des Jahres vom Physikus, gleichfalls in Urschrift, dem Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium mit einem Begleitberichte über die gemachten Erfahrungen einzureichen. Das Medizinalkollegium läßt nach geschehener Prüfung die Protokolle an den Physikus zurückgehen.*)

§ 88.

Diejenigen Personen, die die Genehmigung zum Handel mit Giften, d. h. der Abteilungen 1 und 2 der Anlage I des Giftgesetzes, gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes nachsuchen, haben vor dem Physikus ihre allgemeine Befähigung darzutun und sind von ihm einer mündlichen Prüfung über ihre Kenntnisse der Bestimmungen des Giftgesetzes, soweit Aufbewahrung, Bezeichnung und Abgabe der Gifte in Frage kommen, zu unterziehen.

Für Vornahme dieser Prüfung steht ihm eine Gebühr nach Maßgabe der Bekanntmachung des Herzoglichen Staats-

*) Die Kosten etwaiger Dienstreisen zwecks Besichtigung der Gift- und Drogenhandlungen sind bei der Landespolizeibehörde zu liquidieren (vergl. § 32).

ministeriums vom 17. Dezember 1906 Nr. 91, die Gebührenordnung für gerichtsarztliche und amtsärztliche Geschäfte der Herzoglichen Physici betreffend, zu.

XXI. Die Privat-Kranken- usw. Anstalten.
(Medizinalgesetz § 76).

§ 89.

Der Physikus hat die im Bezirke vorhandenen Kranken-, Entbindungs-, Irren- und Idiotenanstalten, Anstalten für Epileptische und Anstalten für die Erziehung schwach befähigter Kinder, welche aus andern als Staatsmitteln errichtet oder unterhalten werden — (also auch Gemeinde-, Kreiskommunal- usw. Anstalten dieser Art) — in gesundheitspolizeilicher Hinsicht zu beaufsichtigen. Zu dem Zwecke hat er die einzelnen Anstalten mindestens einmal im Jahre unvermutet einer Besichtigung unter Hinzuziehung des Leiters der Anstalt bezw. dessen Vertreters zu unterziehen und sich hierbei genaue Kenntniss von den Einrichtungen und dem Betriebe der Anstalten zu verschaffen.*)

§ 90.

Über das Ergebnis jeder Besichtigung ist nach dem vorgeschriebenen Formular ein Protokoll aufzunehmen, welches vom Physikus und dem Anstaltsleiter bezw. dessen Vertreter zu unterschreiben ist. Die Besichtigungsprotokolle hat der Physikus, soweit erforderlich, mit einem Begleitberichte über die von ihm gemachten Beobachtungen und die etwa vor-

*) Die Kosten etwaiger Dienstreisen zum Zwecke dieser Besichtigungen hat der Physikus beim Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium zu liquidieren (vergl. § 32).

zuschlagenden Abhülfsmaßnahmen bis Ende des Jahres dem Herzoglichen Landes-Medizinalkollegium einzureichen. Über bedenkliche Mißstände hat er sofort an letzteres zu berichten. Geringfügige Ordnungswidrigkeiten dagegen, die sich bei den Besichtigungen ergeben, kann der Physikus selbständig abstellen lassen, was gegebenenfalls in dem Berichte an das Landes-Medizinalkollegium zu vermerken ist.

§ 91.

Daneben hat der Physikus die Anstalten außerordentlich dann zu besichtigen, wenn er in glaubhafter Weise Kenntniss von ernstern Mängeln oder Ungehörigkeiten im Betriebe einer Anstalt erhält. Je nach Ausfall dieser Besichtigungen ist ungefümt das Nötige darüber an das Herzogliche Landes-Medizinalkollegium zu berichten.

§ 92.

Zu den Anstaltsbesichtigungen, die das Herzogliche Landes-Medizinalkollegium selbst durch seine Mitglieder vornehmen läßt, wird der Physikus regelmäßig zugezogen werden.

§ 93.

Der Physikus hat über die unter § 89 fallenden Anstalten seines Bezirks ein Verzeichniss nach dem vorgeschriebenen Formular zu führen.

§ 94.

Bei Neubauten und größeren Umbauten von Kranken- usw. Anstalten wird der Physikus durch Mitteilung der Baupläne seitens der zuständigen Behörde Gelegenheit erhalten, dieselben in hygienischer Hinsicht zu prüfen und sich darüber gutachtlich zu äußern, ob sie den an solche Anstalten zu stellenden gesundheitspolizeilichen Anforderungen entsprechen.

Imgleichen hat der Physikus die Aufgabe, die ihm vorzulegenden Anträge auf Erteilung der Konzession zum Betriebe von Privat-Kranken-, Entbindungs- und Irrenanstalten (vergl. § 30 R.-Gew.-Ord.) vom gesundheitlichen und allgemeinen ärztlichen Standpunkte zu prüfen und in seinen Berichten darüber gegebenenfalls auch ihm bekannt gewordene Tatsachen, welche die Unzuverlässigkeit des Unternehmers in Beziehung auf die Leitung oder Verwaltung der Anstalt dartun, anzuführen.

Teil 3. Besondere Dienstobliegenheiten.

XXII. Gerichtsärztliche Geschäfte.

§ 95.

Als Gerichtsarzt seines Bezirkes hat der Physikus den Ersuchen der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (vergleiche § 10 Absatz 1) Folge zu leisten und die ihm übertragenen Untersuchungen und Begutachtungen sachgemäß und gewissenhaft auszuführen.

§ 96.

Bei der gerichtlichen Leichenschau und Leichenöffnung sind die Vorschriften für das Verfahren der Gerichtsärzte bei den gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leichen zu befolgen.

§ 97.

Bei der Abgabe von Entmündigungsgutachten sind die im Rundschreiben des Herzoglichen Landes-Medizinalkollegiums vom 5. Juni 1900 Nr. A 788 aufgestellten Grundsätze zu beachten.

§ 98.

Für Wahrnehmung der gerichtsarztlichen Geschäfte bezieht der Physikus Gebühren nach Maßgabe der Bekanntmachung Herzoglichen Staatsministeriums vom 17. Dezember 1906 Nr. 91, die Gebührenordnung für gerichtsarztliche und amtsärztliche Geschäfte der Herzoglichen Physici betreffend.

XXIII. Ausstellung von amtsärztlichen Zeugnissen gegenüber Behörden und Privaten.

§ 99.

In den Gutachten, die der Physikus über den Gesundheitszustand einer Person auszustellen hat, sind die eigenen Angaben, die die zu untersuchende Person über ihren gesundheitlichen Zustand macht, sowie die in dieser Beziehung aus den etwa vorliegenden Akten oder sonstigen Vorgängen zu verwertenden Tatsachen voranzuschicken, nachdem im Eingange kurz die Veranlassung zur Erstattung des Gutachtens mitgeteilt worden ist. Es sind sodann die Feststellungen der vom Physikus vorgenommenen körperlichen Untersuchung aufzuführen und daraufhin das Gutachten abzugeben.

In den Gutachten sind den Laien nicht verständliche medizinisch-technische Ausdrücke möglichst zu vermeiden, sofern aber nicht zu umgehen, gemeinverständlich zu erläutern.

§ 100.

Zum Wirkungskreise des Physikus in dieser Hinsicht und zwar für behördliche Zwecke gehört insbesondere die Begutachtung des Gesundheitszustandes solcher Personen, die im Dienste des Reiches oder des Staates stehen oder in

solchem Dienste angestellt werden sollen, auf Erfordern der betreffenden Behörde, wenn es sich um Wahrnehmung dienstlicher Interessen handelt (§ 12 Ziffer 13 des Med.=Gesetzes).

§ 101.

Dem Physikus liegt es ferner ob, auf Ersuchen von Behörden in andern als den durch diese Dienstanweisung vorgesehenen Fällen oder auf Ersuchen von Privatpersonen amtliche Gutachten und Bescheinigungen auszustellen, wenn nach bestehenden Vorschriften die Beibringung eines amtsärztlichen Zeugnisses erforderlich ist.

Dahin gehören insbesondere

- a) Untersuchung eines Verletzten mit Ausstellung eines Befundsheines behufs Klageerhebung.
- b) Begutachtung des Gesundheitszustandes von öffentlichen Beamten behufs Erlangung einesurlaubes oder behufs Herbeiführung der Pensionierung.
- c) Ausstellung von Gesundheitsbescheinigungen behufs Eintritts in eine öffentliche Lehranstalt oder in den öffentlichen Staats=*, Kirchen=, Schul=, Gemeinde=, Militärdienst usw.
- d) Begutachtung der Erwerbsfähigkeit einer Person bei Militärreklamationen.
- e) Ausstellung von Gesundheitsbescheinigungen behufs Niederlegung eines Amtes als Vormund, Schöffe, Geschworener und dergleichen, behufs Befreiung vom Erscheinen in einem gerichtlichen Termine, Befristung mit Antritt einer Freiheitsstrafe.

*) Vergleiche auch Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 7. März 1893 Nr. 13, § 4 Ziffer 3 bezw. § 3 Ziffer 3, wegen Zulassung zur Ausbildung für den Herzoglichen Forstverwaltungs- bezw. Forstschutzdienst.

- f) Begutachtung des Geisteszustandes einer Person behufs Aufnahme in eine Anstalt für Geistesranke.
- g) Begutachtung des Geisteszustandes einer Person in Entmündigungssachen.
- h) Bescheinigung des Gesundheitszustandes einer Person behufs Aufnahme in eine Anstalt für Idioten, Schwachsinrige, Epileptiker, Blinde, Taube und dergleichen.
- i) Ausstellung von Bescheinigungen über die Gesundheit oder die Erwerbsfähigkeit einer Person behufs Erlangung von Unterstützungen, insbesondere auch solcher aus dem Reichsinvalidenfonds.
- k) Ausstellung einer Bescheinigung behufs Erlangung eines Leichenpassez.
- l) Ausstellung einer Todesbescheinigung auf Grund einer amtlichen Leichenbesichtigung zwecks Verfolgung von Ansprüchen auf Versicherungssummen, Unterstützungen und dergleichen.
- m) Bescheinigung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Schwangerschaft.
- n) Bescheinigung über die Zeugungsfähigkeit.
- o) Ausstellung eines zweiten Impfscheines auf Grund der Impfsakten.
- p) Bescheinigung der erfolgreichen Impfung auf Grund einer Körperbesichtigung.

Wegen der bei Ausstellung solcher Zeugnisse zu beachtenden stempelgesetzlichen Vorschriften wird auf den Erlaß des Herzoglichen Landes-Medizinalkollegiums vom 9. Januar 1904 Nr. A 106 verwiesen.

Für die Ausstellung der im Vorstehenden aufgeführten Bescheinigungen stehen dem Physikus, abgesehen von Zeugnissen zwecks Erlangung von Unterstützungen aus dem Reichs-

invalidenfonds, Gebühren nach Maßgabe der Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 17. Dezember 1906 Nr. 91, die Gebührenordnung für gerichtsärztliche und amtsärztliche Geschäfte der Herzoglichen Physici betreffend, zu.

XXIV. Erledigung von Ersuchen der Landesversicherungsanstalten, der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und der Berufsgenossenschaften.

§ 102.

Der Physikus hat ferner die Verpflichtung, den Ersuchen der Landesversicherungsanstalten, der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und des Reichsversicherungsamtes um Abgabe schriftlicher oder mündlicher Gutachten zu entsprechen.

Dem Physikus stehen für Erledigung dieser Ersuchen Gebühren nach Maßgabe der Bekanntmachung Herzoglichen Staatsministeriums vom 17. Dezember 1906 Nr. 91, die Gebührenordnung für gerichtsärztliche und amtsärztliche Geschäfte der Herzoglichen Physici betreffend, zu.

§ 103.

Die Begutachtung des Gesundheitszustandes Unfallverletzter auf Ersuchen der Berufsgenossenschaften zu übernehmen, ist der Physikus an sich nicht verpflichtet, doch ist zu erwarten, daß er auch diesen Ersuchen gegen angemessene Vergütung stattgibt, sofern er nicht durch seine sonstigen dienstlichen Geschäfte gehindert ist oder es sich im Einzelfalle um eine Begutachtung handelt, die besondere dem Physikus nicht zustehende Fachkenntnisse und Untersuchungsmethoden voraussetzt.

XXV. Fürsorge für Geistesranke und für nicht vollsinnige, schwach- oder blödsinnige Kinder.

§ 104.

Die Mitwirkung des Physikus bei der Fürsorge für geistesranke Personen bestimmt sich in erster Linie nach den Vorschriften der Satzungen der Herzoglichen Heil- und Pfllegeanstalt in Königsutter (Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 6. Dezember 1904 Nr. 70). Danach bedarf es in allen den Fällen, in denen die Aufnahme eines Geistesranken in die Staatsirrenanstalt auf Veranlassung der Landespolizeibehörde geschieht, der Beibringung eines Physikatsgutachtens, das die in § 12 Absatz 2 der Anstaltsatzungen aufgestellten Forderungen zu erfüllen hat.

§ 105.

Bei der Unterbringung eines Geistesranken in eine Privat-Irrenanstalt hat der Physikus nach Maßgabe des § 77 Absatz 4 des Medizinalgesetzes mitzuwirken.

§ 106.

Es ist im übrigen Sache des Physikus, nach Möglichkeit darüber zu wachen, daß geistesranke Personen, die bei Verbleib in ihren häuslichen Verhältnissen für sich selbst oder andere gefährlich oder für die öffentliche Sittlichkeit anstößig werden, unverzüglich seitens der Angehörigen oder der sonst verpflichteten Stellen (Armenverband, Krankenkasse usw.) einer geschlossenen Irrenanstalt zugeführt werden, und hat er dieserhalb gegebenenfalls bei der Landespolizeibehörde die nötigen Anträge zu stellen.

§ 107.

Für die Durchführung des Gesetzes vom 30. März 1894 Nr. 13, die Ausbildung nicht vollsinniger, schwach- oder blödsinniger Kinder betreffend, liegt es dem Physikus ob, auf Ersuchen der zuständigen Behörden über die unzulängliche Bildungsfähigkeit eines Kindes sein sachverständiges Gutachten abzugeben, dessen es gemäß §§ 2 und 3 des Gesetzes für das Verfahren bei Unterbringung der Kinder in den für ihre Ausbildung bestimmten Anstalten (Blinden-, Taubstummen-, Idiotenanstalt) bedarf.

§ 108.

Für sonstige Idioten, Blinde, desgleichen Krüppel hat der Physikus es sich geeignetenfalls angelegen sein zu lassen, ein Eintreten des Kreises, der Gemeinde usw. zwecks Unterbringung dieser Personen in geeigneten Anstalten zu erreichen.

XXVI. Behandlung armer Kranker und Gefangener.
(Medizinalgesetz § 12 Ziffer 12).

§ 109.

In den Orten seines Bezirks, in denen die Behandlung der armen Kranken gemeindeseitig nicht besonderen Ärzten übertragen ist, ist der Physikus auf Ersuchen der Gemeindebehörde verpflichtet, diese Behandlung, und zwar gegen Vergütung der Einzelleistung nach den geringsten Sätzen der ärztlichen Gebührenordnung oder gegen eine zu vereinbarende Pauschalsumme zu übernehmen.

Der Physikus ist auf Erfordern der zuständigen Gefängnisverwaltung verpflichtet, an seinem Wohnort die Behandlung

erkrankter armer Gefangener und die Untersuchung des Gesundheitszustandes von Gefangenen behufs Transports zu übernehmen. Einen Anspruch auf Vergütung hat der Physikus nur im Falle der Zahlungsfähigkeit der Gefangenen aus deren Mitteln nach der allgemeinen Lage. Die Staatskasse haftet hierfür nicht.

XXVII. Förderung volksgesundheitlicher Bestrebungen.

§ 110.

Die gemeinnützigen Bestrebungen auf dem Gebiete der Krankenpflege sowie der sonstigen Förderung der Volksgesundheit — z. B. der Samariter-Frauenvereine, der Vereine zur Ausbildung von Krankenpflegern, zur Errichtung von Heilstätten, Erholungsstätten, Volksbädern und dergleichen, — soll der Physikus nach Möglichkeit zu fördern suchen. Vornehmlich wird er sein Interesse den Bestrebungen dieser Art, die auf die Bekämpfung der Tuberkulose gerichtet sind, zuzuwenden und es sich angelegen sein zu lassen haben, dafür bei den leistungsfähigen Gemeinden, Krankenkassen usw. seines Bezirks das Verständnis und Interesse zu heben.

XXVIII. Begräbniswesen.

§ 111.

In Bezug auf die Bestattung der Leichen hat der Physikus auf die Befolgung der bestehenden allgemeinen Vorschriften zu achten; im besonderen wird in dieser Richtung seine Überwachung erforderlich, wenn anlässlich des Ausbruchs von gemeingefährlichen oder sonstigen übertragbaren Krankheiten bezw. des Verdachts des Ausbruchs solcher von den zu=

ständigen Polizeibehörden für die Bestattung, Beförderung usw. der Leichen besondere Vorsichtsmaßregeln angeordnet sind (vergleiche Reichsgesetz über die Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten vom 30. Juni 1900 §§ 10 und 21 und Landesgesetz vom 20. Juni 1904 Nr. 43 §§ 5 und 6, sowie die Bekanntmachung Herzoglichen Staatsministeriums vom 23. Mai 1906 Nr. 39 § 35).

Wegen der Mitwirkung des Physikus bei Ausstellung von Leichenpässen siehe § 101 k.

§ 112.

Von dem Zustande der Begräbnisplätze in den Gemeinden seines Bezirks hat sich der Physikus durch gelegentliche Augenscheineinnahme zu überzeugen und etwa bestehende bedenkliche Mißstände an zuständiger Stelle zur Sprache zu bringen.

Für die Neuanlage von Begräbnisplätzen soll sich der Physikus auf Ersuchen der Landespolizeibehörde über die in Betracht kommenden hygienischen Verhältnisse (Einwandfreiheit des Grund und Bodens, sonstige Lage des Platzes an sich und mit Beziehung auf die Nähe von Wohnungen, Wasserzügen und dergleichen) gutachtlich äußern.

XXIX. Militärmusterung und Aushebung.

(Medizinalgesetz § 12 Ziffer 14).

§ 113.

Die ärztliche Mitwirkung des Physikus bei der Militärmusterung und Aushebung wird im allgemeinen nur selten eintreten. Wird sie vom Zivilvorsitzenden der Ersatz- bzw. Ober-Ersatzkommission verlangt, so hat der Physikus die

Geschäfte des behinderten kommandierten Militärarztes zu übernehmen und hierbei nach den für diesen Dienstzweig der Militärärzte maßgebenden Vorschriften zu verfahren.

XXX. Wahlen zur Kammer der Ärzte und Apotheker.
(Medizinalgesetz § 12 Ziffer 15 und § 63).

§ 114.

Der Physikus, dessen dienstlicher Wohnsitz sich in einem Kreishauptorte befindet oder zu dessen Dienstbezirk derselbe gehört, ist verpflichtet, das Amt eines Wahlvorstehers bei den Wahlen zur Kammer der Ärzte und Apotheker zu übernehmen. Er hat hierbei die einschlägigen Vorschriften des Medizinalgesetzes und die von der Kammer aufgestellten Grundsätze zu beobachten.

XXXI. Feststellung von Rechnungen.
(Medizinalgesetz § 12 Ziffer 16 und § 60 Absatz 1).

§ 115.

Der Physikus hat die Verpflichtung, die Rechnungen der Medizinalpersonen über ausgeführte Dienst- und Hülfsleistungen, die aus öffentlichen (Reichs-, Staats- oder Gemeinde-) Kassen zu vergüten sind, auf Ersuchen der betreffenden Behörden zu prüfen und festzusetzen. Für die Prüfung der ärztlichen Rechnungen sind die Bestimmungen der Gebührenordnung für die approbierten Ärzte usw. vom 5. April 1897 Nr. 14 maßgebend. Ergibt die Prüfung richtige Ansätze, so ist die Targmäßigkeit der Rechnung vom Physikus unter Beifügung des Dienststempels zu bescheinigen. Sind die targmäßigen Ansätze überschritten, so hat er im

Rückschreiben die zulässige Höhe der Ansätze zu bezeichnen, wo angängig, hat er in solchem Falle den Aussteller der Rechnung vorher zu hören.

In gleicher Weise sind die für öffentliche Kassen ausgestellten Apothekerrechnungen auf Ersuchen der zuständigen Behörden festzusetzen, wobei die für das Jahr, in dem die Arzneien abgegeben wurden, gültige Arzneitage zu Grunde zu legen ist.

Nach § 60 des Medizinalgesetzes ist der Physikus übrigens auch in erster Instanz zuständig für die Erledigung von Beschwerden über Überschreitung der Arzneitage in den Apothekerrechnungen.

